Freitag, 17. 11., Mitgliederversammlungen in Groß-Berlin

nur nachplappern, was ihnen die Drahtzieher, von denen sie bezahlt werden, befehlen, darf deswegen auf keinen Fall genommen werden. Auch im Kriege mit dem Kapital gilt für das Proletariat das Sprichwort: Dem Feinde die Kugel — und der Strick dem Spion.

Wiederaufbau-Symptome

Die Straßenbahnen kommen auf den Schutthaufen

Die „Verkehrstechnik" gibt eine Zusammenstellung der bisher bekannt gewordenen Stillegung und Einschränkung von Verkehrsunternehmungen, von der sie allerdings betont, daß sie auf Vollständigkeit keinen Anspruch erhebe. Danach sind völlig stillgelegt die Straßenbahnen in Altenburg i. S., Altona-Blankenese, Bamberg, Bernburg, Celle, Freiberg i. S., Jena, Landsberg a. d. W., Münster i. Westf., Osnabrück, die Bergbahn in Pyrmont, die Straßenbahnen in Schönau, Schmelnefurt, Waldorf, Würzburg, Zerbst und Zittau. Eingestellt ist auch die Dampfbahn Griesheim—Darmstadt—Arheilgen der hessischen Eisenbahn-A.-G. Beabsichtigt ist die Stillegung der Straßenbahnen von Eberswalde, Gotha und Stralsund. Dazu werden eine Reihe von Straßen- und Kleinbahnen genannt, die unter dem Druck der Not zur Stillegung einzelner Strecken schreiten mußten.

Die Stadt Mühlhausen (Thür.) beschloß, die Straßenbahn wegen Unrentabilität am 1. Dezember stillzulegen.

In Berlin beabsichtigt man ebenfalls größere Strecken stillzulegen, die Entwicklung hat eben ihre eigenen Gesetze. Wo kein Profit blüht, raucht eben kein Schornstein, brennt kein Gas, fährt keine Bahn mehr. Das Proletariat kann an diesen Erscheinungen den kolossalen Fortschritt des „Wiederaufbaus" ermessen. Das Kapital fabriziert überall einen großen Schutthaufen und wird das Proletariat auf diesen Schutthaufen verrecken lassen, wenn das Proletariat nicht begreift, daß es das Kapital mit seinen Wiederaufbauern auf den Schutthaufen werfen muß.

Krise in der Berliner Metallindustrie?

Der „Vorwärts" meldet:

„Bei der gestrigen Verhandlung zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und der Verhandlungskommission des Metallkartells kam eine Einigung nicht zustande. Es war während der Verhandlung ein Teil Kollegen aus den Betrieben als Verhandlungskommission erschienen. Die Arbeitgeber lehnten es prinzipiell ab, mit derartigen Kommissionen zu verhandeln und schlossen kurzerhand die Sitzung.

Aus dieser Mitteilung geht hervor, daß die Arbeitgebervertreter es lediglich deshalb ablehnten zu verhandeln, weil außer der Verhandlungskommission des Metallkartells „Kollegen aus den Betrieben", die sich als Verhandlungskommission etablierten, in die Sitzung eindringen. Es wird versucht werden müssen, nunmehr ohne eine anonyme oder inoffizielle Verhandlungskommission zu verhandeln."

Den Wunsch der Industriellen, mit den Bonzen allein zu sein, kann man begreifen. Wie oben ersichtlich, ist dies auch der Wunsch der Bonzen. Es wird also zu einem für die Bonzen zweifellos befriedigenden Ergebnis kommen. Die Berliner Metallarbeiter jedoch, die jetzt keine andere Sorgen haben als ihre „Zulage", während im ganzen Reiche jedes Jahr alles in hellen Flammen steht, werden sich auch nicht wundern dürfen, wenn die „Verhandlungen" solange hingezogen werden, bis überall die „Ruhe und Ordnung wiederhergestellt" ist, dann kommen sie an die Reihe. Es gibt keine Berufssolidarität, die vor dem Untergang retten kann. Und Massensolidarität kennt heute nur ein Ziel, daß ist der Kampf um die Macht der Klasse. Solange das Proletariat jedoch seine Aufgabe und die Situation nicht begreift, werden die „Bonzen" ihre verderblichen Wirkungen weiter zeitigen, bis das Proletariat nur lauter „Zulagen" nicht mehr weiß, was es zuerst essen soll.

Zur Frage der Internationale

Internationale Uebersicht

a) Deutschland.

Im März 1922 wurde von einigen Personen, die ehedem führende Stellungen in der Partei eingenommen hatten, versucht, aus persönlichem Ehrgeiz heraus, die Partei zu zerschlagen. 5 Personen, darunter Schröder, Sach, Rock, Goltberg kamen 3 Tage nach der Zentralausschußsitzung in der Kaiserhofstraße in Berlin zusammen und beschlossen und verkündeten: Der Bezirk Berlin steht außerhalb der Partei (5 Personen schließen also 2000 Genossen aus!), der Hauptausschuß wird nach Essen verlegt, er hat zu bestehen aus Rock, Berg, Galbiher (d. h. die letzten selbst und ihre persönlichen Freunde als Hauptausschuß ein!), in Essen wird eine neue „RAZ." herausgegeben. Es setzte zugleich eine organisierte, lang vorbereitete Lügenkampagne gegen Berlin ein. „Der russische Rubel rollt in Berlin, KPD.-Leute, SPD. Nr. 4, bezahlte Polizeiagenten" und was alles ähnliche Liebenswürdigkeiten waren. Wir forderten sie auf, für ihre Lügen doch irgend ein Beweis zu bringen. Das haben sie bis heute noch nicht tun können. Sie forderten im Reiche auf, recht viel Zeitungen und Broschüren von Berlin zu bestellen und zu verbreiten, damit die „RAZ." Kapital geht". In ihrer Eisener „RAZ.", die in ihren ersten Nummern auf einem Niveau stand, dieser als das eines Revolverjournals, scherte sich Schlagzeilen die Lüge in die Welt: „das ganze Reich geschlossen gegen Berlin!"

Die Theorie vom Einzelnehmen, die sie erfunden, um ihre Praxis zu rechtfertigen, ist schon genügend beleuchtet. Zwei Taschen wollen wir nur aufstechen, aus denen man vielleicht erfahren kann, woraufhin sie handeln mußten.

Auf dem Halleschen Parteitage der USPD. wurde von Genossen Pfempfert in einem Café in trauter Harmonie sitzend gesehen und gleich auf der photographischen Platte verewigt: Paul Levi, der damalige Vorsitzende der KPD., Karl Schröder, der uns gegenüber kurz vorher noch gedäuchert hatte, daß er mit einem Menschen wie Levi nicht im selben Raum zusammen sein könne, nicht dieselbe Luft atmen könne und Arthur Goldstein. Jetzt ist Paul Levi ein führender Geist der SPD., Arthur Goldstein ist auch bereits bei der SPD. gelandet und spezieller Mitarbeiter von Paul Levi, und der dritte . . . .

Zur Zeit der Zentralausschußsitzung schwebte gegen Karl Schröder ein Verfahren vor der Untersuchungskommission in Gelbangelegenheiten. Der Zentralausschuß beschloß, diese Kommission durch einen Genossen des Hauptausschusses zu ergänzen und ihr den Charakter einer Reichskommission zu geben. Die Zentralausschußsitzung war vorbei, es wurde von diesen Leuten versucht, die Partei zu spalten, — und Karl Schröder ließ erklären, er erscheine nicht mehr vor der Untersuchungskommission, da er, der Angeklagte, kein Interesse an dem Fortgang der Untersuchung habe! Sicher, weil sein Gewissen zu unbefleckt war!?

Die Spalter hatten anscheinend gehofft, durch ihre Lügen ein Teil Mitglieder auf ihre Seite zu bekommen. Die Mitglieder der KAP. sind aber kritischer veranlagt und selbstbewußter, als diese Leute annahmen, und glaubten ihnen nicht.

Das Stärkeverhältnis der Essener ist ungefähr folgendes: Bezirk Nord 5 Mann (4 in Kiel, 1 in Hamburg), Nordwest (Bremen) 20, Rheinland 100, Berlin 50, Mitteldeutschland 150, Süd-West 90, Pommern 20, Niedersachsen 40; im ganzen 400—450 Mann.*) Die Berliner Richtung, d. h. die alte Partei hat ungefähr 1000 Mitglieder in Berlin, 1000 Mitglieder im Reiche. Bei der Union ist das Mitgliederverhältnis noch viel größer; die AAU. (d. h. Berliner Richtung) hat ungefähr 12 000 Mitglieder, die Essener Richtung ungefähr 600. Die Essener Richtung ist mit Ausnahme von zwei Versammlungen in Spandau und mehreren in Mitteldeutschland (abgesehen von ihrer verunglückten „internationalen Kundgebung" in Berlin) überhaupt nicht an die Oeffentlichkeit getreten, während die KAP. (Berliner Richtung) seit dem März 1922 in Hunderten von Versammlungen in Berlin, Provinz Brandenburg, Mitteldeutschland, Hamburg, Rheinland-Westfalen, Rheinpfalz, Sachsen-Anhalt, Sachsen usw. zu den Proletariern gesprochen hat.

Ueber die internationalen Arbeiten, die wir geleistet haben, wird im letzten Abschnitt mehr gesagt werden.

b) Holland.

Die KAPH. ist ungefähr 200 Mann stark und hat in folgenden Städten Abteilungen: Amsterdam, Haarlem, Bussum, Utrecht, Enschede, Zwolle, Den Haag, Leiden. Auf ihrem Utrechter Kongreß hat sie sich, nachdem Rock aus Essen wochenlang in Holland herumgereist war und gegen die Berliner gehetzt hatte, auf den Standpunkt der Essener gestellt. Von Berlin die Wahrheit zu vernehmen, wurde von dem Hauptausschuß der KAPH. abgelehnt. Diesbezügliche Anträge von den Abteilungen wurde in den Papierkorb verwiesen, mit dem Bemerken: Die Berliner hätten doch keine Argumente! Der Hauptausschuß der KAPH. glaubte anscheinend auch den wahren KAPD.-Geist dadurch zu beweisen, daß er eigenmächtig einzelne ihm mißbeliebige Genossen ausschloß; wahrscheinlich, um zu demonstrieren, daß er der Essener Richtung würdig sei. Es ist notwendig, daß die holländischen Genossen diesem Hauptausschuß beizeiten auf die Finger sehen, damit sich nicht ähnliche Dinge entwickeln wie in Deutschland.

Ein Teil der Abteilung Rotterdam, der gegen die Führermethoden des Hauptausschusses Sturm lief, wurde vom Utrechter Kongreß, ohne, daß die Mitgliedschaften dazu Stellung genommen hätten, aus der Partei ausgeschlossen.

Erst in der letzten Zeit beginnt es auch in Holland zu dämmern. In Nr. 20 des holländischen Bruderorgans „De kommunistische Arbeider" erschien ein Artikel „Reformistisch-Berlin", der versucht, der Wahrheit näher zu kommen. Seitdem sind noch einige Artikel darüber erschienen.

Dieser Tage findet ein neuer Parteikongreß statt, wo der Hauptausschuß Rechenschaft ablegen müssen wird.

Die KAPH. Hollands besteht in Amsterdam, aus 10 Genossen. Sie hat ein eigenes Organ „De Baanbreker", das bereits in 5 Nummern erschienen ist. Im Leitartikel von Nr. 4 tritt sie eifrig für die Selbstständigkeit der Jugend ein, in der z. B. der Essener Richtung gesagt wird, daß sie über die Selbstbewußtseinsentwicklung, die Grundlage der Taktik, nicht spricht und daß die Essener Richtung dunge ist, daß die Jugend zur Berliner Richtung geht. Auch die übrigen Argumente, die im Bahnbrecher für die Selbständigkeit der Jugend ins Feld geführt werden, entsprechen vollkommen unserer Ansicht und widersprechen den Essenern. Und trotzdem gehört die KAPH. noch der Dreieinhalb an!

Versuche zu Unionsbildungen sind in Holland bereits mehrfach gemacht worden.

c) Bulgarien.

Die bulgarische KAP. besteht aus 1000 Genossen. Eine Union besteht in 4 Städten. Die bulgarische Partei hat ähnliches durchgemacht wie die KAPD. Alle die ehemaligen Gründer der KAPD., die Genossen Ganischew und Prodhanow, von ihrem Posten vom Parteitagmeß zurückberufen werden sollten, wollten sie nicht gehen, sondern machten sich in Sofia selbständig, gaben auch eine Konkurrenzzeitung heraus usw. Die Herrlichkeit dauerte aber nicht lange, nur 5 Wochen lang, dann waren sie am Ende ihres Laleins angelangt, da sie sich nicht wie die Schröder-clique auf internationale Gelder stützen konnten. Die Partei setzte ihnen für diesen Verrat natürlich den Stuhl vor die Tür. Jetzt sind sie „Einzelindividuen".

In der KAP. Bulgariens besteht der Beschluß, daß alle 3 Monate die Funktionen zur Verfügung zu stellen sind, und daß niemand öfter wie zweimal hintereinander gewählt werden darf; ferner der Beschluß, daß in zentrale Körperschaften nur Arbeiter, nicht Intellektuelle gewählt werden dürfen. Intellektuelle können nur Berater sein. Ihr Organ, der „Arbeiterfunken", wird von einem Proleten redigiert.

Die bulgarische Partei schloß sich auf ihrem letzten Kongreß vorbehaltlos der Dreieinhalb Internationale an, da sie glaubte, eine „Kommunistische Arbeiterinternationale" vorzufinden. Ueber die Vorgänge in der deutschen Partei war sie gar nicht unterrichtet, da sie nicht eine einzige Zeitung von uns bekam. Der Delegierte zum Kongreß hat sich mittlerweile gründlich vom Wert der Dreieinhalb überzeugen können und erklärte uns, der bulgarischen Partei liege sehr viel an internationaler Verbindung, aber nicht mit einer Partei mit sozialdemokratischen Grundsätzen, wie es die Essener sind.

d) England.

Von England haben wir wenig Nachricht in der letzten Zeit; immerhin scheint der KAP. und der Unionsgedanke guten Boden zu finden. Das englische Bruderorgan ist „Workers Dreadnought".

e) Rußland.

Nirgends ist die Grenze zwischen Revolution und Konterrevolution so schmal wie in Rußland. Das fühlen auch die russischen Proletarier. Und deshalb ist es so ungeheuer schwer, dort Boden zu fassen. Unsere Taktik für Westeuropa halten viele russische Genossen für richtig; aber in Rußland selbst die Konsequenzen zu ziehen, wollen sie nicht. Ein Kampf gegen die KAP. ist, da die Partei den Staatsapparat in den Händen hält, zugleich ein Kampf gegen den russischen Staat; und die russischen Genossen sehen im eigenen Lande, wohin dieser Kampf führen kann: zu einer offenen Unterstützung der Weißen, wie bei den linken Sozialrevolutionären und einigen früheren Mitgliedern der KAPD. Und da sie diese Linie sehen und fürchten, und da anderseits kein Erdteil von Westeuropa so entfernt ist wie Sowjetrußland (d. h. nicht geographisch, sondern politisch), bleiben sie trotz aller Gegenmeinung lieber Mitglieder der KAPD., als daß sie sich selbständig formieren. Die russischen Verhältnisse muß man nicht nur politisch, sondern auch psychologisch begreifen können.

(Fortsetzung folgt.)

Mitteilungen

KAPD. Groß-Hamburg

Montag, den 20. November, 7.30 Uhr, bei Rosenkranz, Scheerstraße 38,

Allgemeine Mitgliederversammlung.
Tagesordnung: Die wirtschaftspolitische Lage. — Organisatorisches.

Alle Genossen haben zu erscheinen.

Der Arbeitsausschuß.

Soeben erschienen!

Die Kommunistische Arbeiter-Internationale

Räteinternationale oder Führerinternationale?

Preis 20 Mark für Deutschland und Oesterreich, übriges Ausland 50 Mark.

Zu beziehen durch den Verlag der KAPD., Berlin NO. 18, Landsberger Straße 6.

Groß-Berlin

Achtung! AAU.

1. Unterbezirk. Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 16. November, abends 6 Uhr, im Lokal Maßmann, Straße 24.

Tagesordnung:

1. Bericht. — 2. Organisatorisches und Neuwahl der Bezirksleitung. — 3. Verschiedenes.

Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Die prov. Bezirks-Leitung.

4. Unterbezirk. Freitag, den 17. November 8 U., Mitgliederversammlung, Forsterstraße 17, Lokal Bittner.

17.-18. Bezirk. Freitag, den 17. November, 7.30 Uhr, in Ahlersthof, Diskussionsabend. Leser der „RAZ." und Sympathisierende sind eingeladen.

Referenten und Diskussionsredner. Sonnabend, den 18. November, abends 7 Uhr, Gipsstraße.

Oeffentliche Quittung

der KAAU. bis 31. Oktober 1922.

Aus Groß-Berlin gingen ein:

a) Auf Sammellisten: Konrad, 4. Bezirk, Nr. 3617 ℳ 700; Meyer, Zehlendorf Nr. 3324 ℳ 180; Schubert Nr. 3346 ℳ 490; G. Beyer, 4. Bezirk Nr. 3415 ℳ 115; 19. Bezirk Nr. 3562 ℳ 235; 6. Bezirk, BO. Nr. 4222 ℳ 237; Schebera, Tempelhof Nr. 3530 ℳ 250; Rote-Werke Nr. 4169 ℳ 810; Berl. Prto.-Telef.-Bel. Nr. 4144 ℳ 265; Berufsfach. Bouvier Nr. 4190 ℳ 654; 7. Bezirk, BO. Nr. 4196 ℳ 56; Gen. Weinhold Nr. 4191 ℳ 200; Theater-Kunst-Gewerbe-Jugo Nr. 4284 ℳ 3611; Schlesinger, 4. Bezirk Nr. 3656 ℳ 685; Wolff, Retter, Jakobi Nr. 3656 ℳ 60.

b) Sammelmarken: 16. Bezirk, BO. ℳ 136; 18. Bezirk ℳ 50.

c) Sammlungen aus den Bezirken: 4. Bezirk, öffentliche Versammlung ℳ 900; 15. Bezirk, öffentliche Versammlung Hennigsdorf ℳ 110; AAU. Groß-Berlin, Umlage ℳ 15 000.

d) Sonstige Sammlungen: 81. Berkauffstelle Kurf.-Gen. ℳ 100; Gen. Sotte ℳ 100; Horn, 13. Bezirk ℳ 300; Gen. Fiolka ℳ 570; Reichsausschuß BO ℳ 395; Reichskonferenz KAU. ℳ 750; Gen. Lubers ℳ 100.

Alle Geldsendungen für die Redaktion sind auf Postscheckkonto 116 493, Kurt Anderjen, einzusenden.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Ehers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei Kurt Bergmann, Berlin S. 42, Dresdenerstraße 160.

3. Jahrg. Nr. 85. Preis 17,— M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen. Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 40029

Abonnementspreis für Groß-Berlin 150 Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 200,— M. monatlich, nach dem Ausland 500,— M. monatlich.

Geldprobleme der Revolution

Die Theorie des Geldwesens gehört zu den schwierigsten Problemen der Oekonomie; der Umfang eines Zeitungsaufsatzes erlaubt nicht, sie gründlich und in allen ihren Verzweigungen darzulegen. Der folgende Versuch muß deshalb mit allem Vorbehalt geschrieben und ebenso auch gelesen werden: er kann nicht vollständig sein, er muß zunächst eine ganze Reihe von Einflüssen außer Acht lassen, durch die das wirkliche Bild sich noch anders gestalten wird als das hier folgende theoretische. Dennoch wird es vielleicht nützlich sein, die Gesamtheit der Fragen einmal von einer anderen Ecke aus anzupacken als es sonst meist geschieht.

Die Revolutionäre aller Richtungen und insbesondere die Kommunisten sind darin einig, daß der bürgerliche Geldapparat durch die Revolution zerstört, daß das Geld beseitigt werden muß. Zunächst wird dies in einem bestimmten Grade ganz automatisch geschehen. Die entscheidenden Vorgänge der politischen Revolution werden unvermeidlich ganz von selbst verbunden sein mit einem rapiden Fallen, ja nahezu mit einem Verschwinden der Kaufkraft des Geldes. Im aktivsten Stadium des Umsturzes wird jedermann Sachgüter und niemand Geld haben wollen. Für Kampfzwecke wird das marschierende Proletariat nicht nur Lebensmittel und Ausrüstungsgegenstände, sondern auch Gelder rücksichtslos requirieren. Solange eine Rote Armee noch Posten vor den Bankgebäuden aufstellt, ohne zuvor die Verwendung der Bankgelder für ihre Zwecke sicherzustellen — solange kann von Revolution keine Rede sein.

Viel weniger selbstverständlich ist, was mit dem Gelde geschehen wird, wenn die Arbeiterklasse — nach ihrem politischen Siege — dazu übergeht, die Produktion zu übernehmen. Wir glauben, daß sich in diesem Moment folgender Widerspruch herausstellen wird: auf der einen Seite wird das dringende Klassenkampfinteresse verlangen, daß jede Schaffbildung, jede Ansammlung von Geld in privaten Händen zu freier Verfügung unbedingt verhindert wird; auf der andern Seite wird sich herausstellen, daß man zu vielen Zwecken das Geld noch nicht fortort entbehren kann: zur Erleichterung der Güterverteilung in die kleinsten Kanäle, zur Kalkulation, zur Bestreitung der öffentlichen Ausgaben. Man kann nur allmählich die Versorgung des Volkes mit all den tausend Bedarfsartikeln geldlos organisieren, man kann nur langsam in der zerrütteten und unqualifizierten Produktion zu einer Kalkulation nach Arbeitsstunden kommen, — und Kalkulation überhaupt ist nötig, solange man mit Stoffen und Kräften wirtschaftlich, d. h. sparsam, umgehen will und muß — man kann schließlich nur in langsamer Umstellung Schritt für Schritt kommen, daß die natürlichen öffentlichen Lasten jeder Gesellschaft einfach direkt aus der Produktion bestreitet werden.

Aus diesem Widerspruch wird man nur herausfinden, wenn man erkennt und für die Praxis beherzigt, daß das Geld nicht ein Gegenstand an und für sich, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis ist, genau so wie das Kapital, — daß es also auch nicht darauf ankommt, das Geld als Gegenstand zu vernichten, sondern das gesellschaftliche Verhältnis, welches im Kapitalismus den Namen „Geld" führt. Anders ausgedrückt: im Kapitalismus hat das Geld eine Anzahl von verschiedenen Funktionen auszufüllen; in der reinen kommunistischen Gesellschaft wird es voraussichtlich gar keine Funktionen mehr haben und also verschwinden können; in der Uebergangszeit bei der Uebernahme und dem Umbau der Produktion durch das Proletariat, unter der Diktatur, werden einige der kapitalistischen Geldfunktionen vernichtet werden müssen, einige andere Funktionen dagegen werden gesellschaftlich noch notwendig sein, und werden daher durch ein Ding ausgefüllt werden, das wir dann vermutlich immer noch „Geld" nennen werden, obwohl es schon etwas völlig anderes sein wird, als was wir heute „Geld" nennen.

Wir wollen an praktischen Maßnahmen klar machen, was wir uns dabei vorstellen. Um eine sogenannte Schaffbildung in privaten Händen zu verhindern, wird vermutlich als erstes ein Auszahlungsverbot an alle Banken, eine Beschlagnahme sämtlicher Bankkonten nötig sein, praktisch durchzuführen durch zuverlässige Bankangestellte, evtl. durch Wegnahme der Werte und der Bücher, zu schützen durch schnoen Strafbestimmungen. Anschließend eine Umgültigkeitserklärung der alten Scheine und ihre Abstempelung in praktisch möglicher Frist. Sodann Begrenzung der Summen, die Privatleute von ihren Bankguthaben entnehmen, bzw. an abgestempelten Scheinen behalten dürfen, auf eine wöchentliche Höchstsumme pro Kopf. Schließlich Freilassung aller gesellschaftlichen Gelder, soweit die Betriebe arbeiten, jedoch nur für Betriebszwecke, unter gegenseitiger Kontrolle der revolutionären Betriebsräte und der Bankübermachungsorgane. Barauszahlungen nur für Löhne (soweit und solange noch nötig), im übrigen nur bargeldloser Verkehr. Zusammenlegung der Banken zu einer zentralen Wirtschaftsbank, unter entschädigungslose Enteignung der alten Eigentümer, versteht sich von selbst.

In diesem Zusammenhang sind einzelne Vorschläge der „Freiwirtschaftlichen" vielleicht erwägenswert, soweit sie darauf abzielen, Bestimmungen zu schaffen, durch die das Geld jemeils in einer gewissen Frist allmählich seinen Wert verliert. Natürlich ist über die Utopie dieser Narren, als sei ihr „Programm" ein Ersatz für die Revolution, kein Wort zu verlieren.

Dies alles ist aber nur die eine Seite des Problems, deren kurze Skizzierung hier nur Platz findet, um zu zeigen, wie durch verhältnismäßig einfache Maßnahmen innerhalb der Diktatur jede private und unkontrollierbare Geldhäufung verhindert werden kann. Als politisches Moment ist dabei noch in Betracht zu ziehen, daß der Geldbesitz und damit der Geldwert um so mehr sinkt, je mehr es den proletarischen Wirtschaftsorganen gelingt, die Versorgung der

„Her mit dem starken Mann!"

„Es wird die Zeit kommen, wo man rufen wird: Her mit dem starken Mann, und wenn's ein General ist." Mit diesen Worten zeigte Biedermann im Ortsausschuß des ADGB. in Hamburg vor ungefähr einem Jahr die Linie der einzuschlagenden Politik auf. Die „Rote Fahne" brachte damals eine ganze Fuhre Enthüllungsartikel, um durch diese „Entlarvung" ein paar Posten mehr zu ergattern. Dies ist zwar nicht gelungen, aber die Zeit, wo man den starken Mann braucht, ist da.

Wie teuer die deutschen Proletarier die Aufgabe, ihre eigenen Interessen zu begreifen, noch bezahlen müssen, sieht man ganz objektiv schon daran, daß diese geradezu unverschämte Verhöhnung des Proletariats in allen parlamentarischen „Arbeiterzeitungen" selbst noch von den Arbeitern ernst genommen wird, die sich angeblich zu den „Aufgeklärten" zählen. Die ganz Schlauen, die in der KPD. sind, haben das Rezept der „Arbeiterregierung" erfunden, oder lassen sich dies aufschwatzen, während der „Vorwärts" verkündet, daß die sozialdemokratische Fraktion gegen die Kabinettsbildung des Generaldirektors Cuno nichts einzuwenden hat. Die Parole lautet nun: Hie „Arbeiterregierung", die „Stinneskoalition". Die Proletarier, die nun nicht einzusehen vermögen, daß sie nur KPD.-Resolutionen anzunehmen brauchen, um zu Weihnachten eine gebratene Gans zu haben, hatten nun den Entschluß der KPD. fertigschuld. Für eine „Arbeiterregierung" zu stimmen, ist doch wirklich nicht zuviel verlangt, und die „Krise" wäre mit einem Schlage im Sinne des Proletariats gelöst.

Als das deutsche Industriekapital mit dem französischen Kapital sich zusammenschloß, war in dem gewerkschaftlichen Hühnerstall ein großes Gegacker zu vernehmen. Nicht etwa deswegen, weil das Industriekapital die Parole der „Völkerversöhnung" realisierte, sondern deswegen, weil Stinnes, nachdem die Gewerkschaftsbesitzer ihre Unterschriften für die Versklavung des Proletariats gaben in der Hoffnung, daß dies für das „Volk" geschieht, sahen, daß Stinnes ein Geschäft für sich machte. Als das Gesetzes darüber, daß Stinnes seine Kohlengüter von ihren Anhängern so rücksichtslos plünderte, kein Ende nehmen wollte, ließ Herr Stinnes seine Unteroffiziere dahin aufklären, daß „an der Nation alles, am Kabinett Wirth nichts gelegen sei". In ihrer Verzweiflung haben die Demokraten dann die „DAZ." verboten, im übrigen aber sind sie prompt eingeschwenkt. Das kam wohl daher, daß in dem Vertrag Stinnes-Lubersac der Passus steht: „Sollten Schwierigkeiten in Bezug auf rechtzeitige Lieferungen der in dem Vertrage Stinnes-Lubersac festgesetzten Waren entstehen, so setzen sich Herr Stinnes und Herr Lubersac zusammen, um über die Schwierigkeiten zu beraten." Schwierigkeiten können nun entstehen, wenn die Arbeiter nicht gewillt sind sich totzuschuften, wenn die Regierung nicht hübsch rechtzeitig die Rechnungen von Stinnes bezahlt usw. Die Gewerkschaften hüteten sich wohl, diese „Schwierigkeiten" herauszubeschwören, sie beschwören damit ja zu gleicher Zeit eine Gefahr für die „Völkerverständigung" herauf. Zum Fortbestand der Gewerkschaften und der parlamentarischen Treimützen ist nun einmal „Ruhe" erforderlich, und so spielt keine Rolle bei diesen Leuten, ob Millionen zugrunde gehen.

Aber es entstanden trotzdem Schwierigkeiten. Sie offenbarten sich bei den letzten Reparationsverhandlungen. Nämlich insofern, daß der Dollar der demokratischen Republik in der Zwischenzeit noch viel größere Dimensionen angenommen hatte, und man der Reparationskommission weiter nichts bieten konnte, als ein belanglosses amtliches Geschreibsel. Diese „Stabilisierungsordnung" nahm das Kapital gleich unter die Zerreißmaschine und ließ den Dollar in kurzer Zeit nicht trotz, sondern wegen der Devisenverordnung um einige tausend Roten hochtanzen. Die Reparationskommission gab den Hilfslosen den Rat, sich selbst zu helfen. Man mußte also mit Herrn Stinnes wiederum reden. Im Reichswirtschaftsrat hat dann Stinnes den Demokraten und Arbeitervertretern alles gesagt, was sie ihrerseits ihren Vertretenen zu sagen haben, daß Stinnes dies auch noch in eigener Person tut, kann doch niemand verlangen. Er sagt sich mit Recht: die Herrschaften wollen jeden Tag fressen, also sollen sie auch etwas dafür tun.

Und das schlug dem Faß den Boden ein. Nur jetzt keine Dummheit, sonst laufen uns die Proletarier in hellen Scharen weg. Es muß also eine „Krise" geheftet werden, denn, wenn ohne Krise Stinnes einfach das Kommando im Hypodrom übernimmt, dann fällt das zu sehr auf. Es muß erst der „radikale" Teil des Programms erledigt werden, um dann das „kleinere Uebel" zu wählen, und — die deutschen Proletarier sind ja vernünftige Menschen. Sie werden begreifen, daß es besser ist, „ein Stück der Macht" zu haben, als dieselbe vollends preiszugeben. Ueberdies wird Stinnes ja „vernünftige" Leute schicken.

Es geht nicht anders. Der Bankerott der Republik steht vor der Tür. Der Hunger peitscht bereits die Massen auf. Die Periode wo man sich gegenseitig Löhne und Preise bewilligen konnte, hat durch ihre eigenen Bedingungen ihr Ende erreicht. Jetzt gilt es die Arbeitermassen mit allen Mitteln niederzuzwingen, länger in den Produktionsprozeß zu spannen, damit sie keine Zeit mehr bekommen „Phantasien" nachzujagen. Jetzt gilt es „dem Volke, wenn auch gegen seinen Willen, zu helfen". Die Proletarier können den Achtstundentag behalten, sagt Stinnes. Außerordentliche Fälle soll man durch Zerfahrtsfälle regeln, sagen die Gewerkschaften. Unsere Erfahrung ist geklärt. Es lebe die demokratische Republik! Es lebe das „einige Proletariat!"

Doch wollen wir die Konkurrenz nicht zu kurz kommen lassen, die der „Stinnesreaktion" eine „Arbeiterregierung" entgegensetzen wollen. Auch sie hat ihr Programm. Kurz nachdem Stinnes über die „Wiederaufbaubedingungen" seine Pläne entwickelt hatte, stellte der „Führer des russischen Volkes", wie die „Rote Fahne" Lenin jetzt gelegentlich zu titulieren pflegt, ebenfalls eine Rede auf dem Kongreß der 3. Internationale. Er verspricht den Proletariern, die seine Firma unterstützen wollen, in einigen Jahrzehnten den Kommunismus. Stinnes in 15 Jahren Geldkönig. Aber der Aufbau der russischen Industrie ist wiederum nur möglich durch die Hilfe des ausländischen Kapitals, wie Lenin ganz richtig ausführte. Das Kapital muß also bleiben. Es wäre allerdings nicht zu verachten, wenn eine „Arbeiterregierung" geschaffen werden könnte, als außerpolitischer Stützpunkt Rußlands. Damit keine Dummheiten gemacht werden und dieselbe saisonfähig bleibt, wird in dem Umgehungsschreiben gleich vermerkt: „Auflösung aller antikapitalistischen Organisationen". „Einführung der gesetzlichen Arbeitspflicht", „Produktionssteigerung", „Bewaffnung der republikantisch-gesinnten Arbeiterschaft." Die Schuppe kann also gleich bestehen bleiben, denn sie ist zum größten Teil gewerkschaftlich organisiert und wirklich republikanisch. Außerdem soll die Produktionskontrolle gesetzlich festgelegt werden, damit sich die Arbeiter überzeugen können, daß nicht der böse Wolf der Kapitalisten schuld ist, wenn sie verrecken müssen, sondern der verlorene Krieg. Denn der Weg zum Sozialismus (das muß im Programm berücksichtigt werden, sagt Lenin) geht über den Staatskapitalismus. Es lebe die Arbeiterregierung! Es lebe — in einigen Jahrzehnten — der Kommunismus!

Die hereinbrechende, sich rasend verschärfende Krise wirft ihre tiefsten Schatten auf das deutsche Proletariat. Auch das deutsche Proletariat hat schon Opfer gebracht, sogar große Opfer, aber der geistige Gewinn, den es aus seinen Niederlagen zog, ist, gemessen an den Erfolgen, entsetzlich gering. Eine Arbeiterpartei, die sich noch solch oberflächliche Komödien vorspielen läßt, steckt noch an verhältnismäßig geringer Illusionen, die nicht durch eine einzige Niederlage ausgerottet sein dürften. Doch die Sturmgeschen mehren sich, und Massen Geschichte fragt wenig nach frommen Wünschen. Sie wird Sturmflut auf Sturmflut über die Proletarier ergießen, so lange, bis es gereinigt von opportunistischer Unrat sich erhebt und mit eiserner Faust alle Demagogen und „starken Männer" beiseite schleudert wie überflüssig gewordenes Spielzeug. Um nicht mehr Amboß, sondern Hammer zu sein. Um durch seine Räte den parlamentarischen und gewerkschaftlichen Kramladen zielbewußt und rücksichtslos zu zertrümmern und die rote Räterepublik zu schaffen.

breiten Arbeitermassen mit den wichtigsten Konsumgütern zu organisieren und der Landwirtschaft ihren Bedarf an Kohlen, Eisenwaren, Werkzeugen, Dünger, Saatgut, Kleidung direkt zuführen.

Von dem Problem des internationalen Geldmarkts braucht nicht gesprochen zu werden: denn entweder ist die Revolution von vornherein international, und dann werden die Völker sehr bald den direkten Austausch von Gütern organisieren; oder sie wird zunächst national begrenzt sein: dann wird man stets mit einer längeren Blockade zu rechnen haben, deren Durchbrechung gleichfalls nur durch den direkten Güteraustausch auf finanzlosen Wege erfolgen kann.

Wichtiger als all dies ist die enorme Machterweiterung, die das Proletariat in der Epoche der Diktatur durch eine kluge Geldpolitik gewinnen kann. Sie entsteht durch die Verfügung über öffentliche Gelder, Staatsgelder im engeren Sinne, einerseits — andererseits durch die Möglichkeit, innerhalb des jeweils bereits „übernommenen", sozialisierten Wirtschaftsorganismus über die Betriebsüberschüsse in Geldform zu verfügen. Das Verhältnis zwischen den politischen und den wirtschaftlichen Räten kann in verschiedenen Formen organisiert gedacht werden. Sicher aber ist, daß sie gemeinsam durch Steuern, durch Rationalisierung der Produktion, durch Addrosseln des Luxuskonsums, durch trustmäßigen Zusammenschluß von Betrieben usw. über außerordentliche Mengen wirtschaftlicher Güter zu disponieren haben, die nicht sofort dem Verbrauch zugeführt werden, sondern, in Geldform beweglich und beliebig einteilbar gemacht, zur Ausbehnung der proletarischen Wirtschaftsmacht verwandt werden können.

Dies restlos durchzuführen, wird wohl in der Hauptsache Aufgabe der Finanzen und Kreditpolitik der Zentralbank sein. Durch die buchmäßige Ueberschreibung solcher Betriebe in Kreditform muß und kann das Arbeiten der nationalisierten Großindustrie, der städtischen Verteilungsstellen, der landwirtschaftlichen Einkaufsgenossenschaften, kurz aller Wirtschaftsorgane, die bevorzugt werden sollen, enorm gefördert werden. Auf diesem Wege sind die Mittel bereitzustellen für Ueberlandbauten, Kanalbauten, Kohlenarbeitersiedlungen, Lehrlingswerkstätten, für alle Arbeiten, durch die die große Industrie, der Mutterboden des modernen Proletariats, gehoben, die Landwirtschaft industrialisiert, die Produktivkräfte in ihrem Wirkungsgrad erhöht werden.

Nur auf diesem Wege kann die wirtschaftlichste Form der neuen Beziehungen zwischen Rohstoff und Fertigfabrikation, zwischen mechanischer Industrie und Landwirtschaft, schließlich zwischen Produktionsmittel und Arbeitskraft gefunden werden. Die Ueberleitung in eine reine Güterwirtschaft ohne Geld, in die freie Produktion für den Bedarf, ist unvermeidlich und muß und wird sich einstellen. Sie gleich von vornherein künstlich machen zu wollen, ohne bei der Umstellung das Mittel des Geldes — in seinen Funktionen als Vertreter von Gütern, als Tauschvermittler und als Helfer bei der Kalkulation — zu verwenden, könnte nur zu schwersten Fehlern und gefährlichen Rückschlägen führen.

Rundschau

Eine Rede Lenins

Das Ziel der 3. Internationale ist der Staatskapitalismus

Die „Rote Fahne" vom Donnerstag, den 16. November veröffentlicht einen kurzen Auszug der Rede Lenins, die dieser auf dem 4. Kongreß der 3. Internationale hielt, die als eine Marschroute der 3. Internationale anzusehen sein dürfte, und den Kurs klar und eindeutig vorzeichnet.:

Nachdem Lenin den Staatskapitalismus als eine „Stufe zum Sozialismus" bezeichnete (in der Einleitung seiner Rede) kommt er zu der Analyse der russischen Verhältnisse zu dem Ergebnis, daß der „Staatskapitalismus die einzig mögliche Form" sei, auf den Weg zum Sozialismus. Die Hauptaufgabe sei die Besserung der Schwerindustrie, ohne deren Rettung Rußland kein selbständiges Land bleiben könnt. Zu deren Durchführung seien mehrere Jahrzehnte notwendig.

Lenin sagt dann weiter, daß diese wichtige Erkenntnis (daß der Weg des Sozialismus über den Staatskapitalismus gehe) im Programm festgehalten werden müsse. Da dies nun nicht ein Kongreß der KPR., sondern ein Kongreß der 3. Internationale ist, so bedeutet dies natürlich in der Praxis, daß die Revolution in den übrigen Ländern so lange zu warten hat, bis die Jahrzehnte, die Rußland gebraucht, um seinen Staatskapitalismus aufzubauen, vorbei sind, denn zum Aufbau des russischen Kapitalismus ist nun einmal das internationale Kapital notwendig, und der Geist des Rapallovertrages ist der Weg dazu.

Diesen Widerspruch, der zwischen den Entwicklungsnotwendigkeiten Rußlands und den revolutionären Notwendigkeiten der hochentwickelten kapitalistischen Länder liegt, in denen der Kapitalismus die staatlichen Fesseln und die staatliche Einheit längst gesprengt, und wie Bucharin in seiner „Oekonomie der Transformationsperiode" ganz richtig nachweist, sich nach „unten" konzentriert, das heißt: bei Beibehaltung der kapitalistischen Fesseln infolge mangelnder Absatzgebiete sich nur noch den Profit durch die Hinabstoßung der Arbeiterklasse in die Barbarei sichern kann, haben wir schon des öfteren aufgezeigt, und Lenin bestätigt diesen Widerspruch in seiner Rede klar und unzweideutig.

Aus diesem Grunde brauchen sich die Proleten in der KPD. nicht groß den Kopf zerbrechen, was aus ihrem Programm wird. Die „Uebergangsforderungen", das heißt: die „Arbeiterregierung" als letztes Bollwerk der Konterrevolution gehört zum neuen Kurs, sie ist eine Notwendigkeit für die „mehrere Jahrzehnte notwendige Entwicklung Rußlands" und muß deshalb ins Programm. Und der „einzig feste Damm gegen die bolschewistische Flut", die Gewerkschaften müssen bestehen bleiben.

Junge Proletarier Mitteldeutschlands! Auf zur

öffentlichen Kundgebung für die politischen Gefangenen

am 26. November, vormittags 9 Uhr in Ammendorf

Kommunistische Arbeiter-Jugend

Partei- und Unionsgenossen, unterstützt die Veranstaltung!

Das revolutionäre Proletariat hat für derartige reaktionäre Utopien nur ein mitleidiges Lächeln. Es wird sich von den Hohenpriestern in Moskau nicht abhalten lassen, weiter seine „Dummheiten" zu machen. Denn aus der Rede Lenins (wir werden, wenn sie im Wortlaut vorliegt noch mal darauf zurückkommen) geht klar hervor, daß die Bolschewiki die Revolution und ihre eigene revolutionäre Vergangenheit als eine „Dummheit" bezeichnen. Der „neue Kurs" auf Deutschland und Westeuropa übertrieben bedeutet für die Arbeiterklasse, daß sie die revolutionären Erkenntnisse und Erfahrungen des russischen Proletariats und der russischen Revolution in den Wind schlagen und auf der Jagd nach Illusionen verreisen soll. Das revolutionäre Proletariat wird aber dazu versucht wenig Zeit finden. Der Kapitalismus selbst wird es zwingen, um die Macht zu kämpfen, um die Wirtschaft. Wenn dadurch die Grundlagen des Rapallovertrages zertrümmert werden, so wird es sich dadurch nicht abhalten lassen, und es wird auch über die von Rußland bezahlten Clowns, die diesen „neuen Kurs" hier als neueste Weisheit vertünden, zur Tagesordnung übergehen.

Die „Beilegung" des Düsseldorfer Streiks

Darüber meldet die „Rote Fahne"

Düsseldorf, 16. November.

Am Mittwoch nachmittag tagte eine Vertrauensmännerversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die wie die erste Vollversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte den Generalstreik beschloß. Anschließend an diese Vertrauensmännerversammlung des DMV. fand erneut eine Betriebsrätevollversammlung statt, die von abends 10 Uhr bis Donnerstag morgen 6.30 Uhr dauerte. Trotzdem die Gewerkschaftsvorstände sich fanatisch gegen den Generalstreik aussprachen, wurde er mit Mehrheit beschlossen. Daraufhin setzten die Gewerkschaftsvorstände die Versammlung ab, so daß die Vollversammlung der Betriebsräte gezwungen war, eine 7er-Kommission zu wählen, die vorläufig die Leitung des Streiks in die Hand nahm, bis die Gewerkschaftsvorstände in ihrer Sitzung am Donnerstag abend sich entschieden haben.

Die am Donnerstag morgen stattgefundenen Verhandlungen mit den Unternehmern, die auf dem Rathaus unter Vermittlung des Bürgermeisters Schmidt geführt wurden, scheiterten an dem anmaßenden Herrenstandpunkt der Unternehmer. Die Nachgiebigkeit der Gewerkschaftsführer, ihre Bereitschaft, daß sie alles tun würden, den Streik so rasch wie möglich zu beenden, hat die Unternehmer erst recht übermütig gemacht, so daß sie auf sofortiger Wiederaufnahme der Arbeit und auf voller Freiheit für Maßregelungen bestanden. Dadurch sind keine Verhandlungen mehr zustande gekommen.

Heute, Donnerstag, nehmen die Gewerkschaftsvorstände und ihr Anhang daran die freigewerkschaftlichen Betriebsräte erneut zur Streikfrage Stellung. Die Gewerkschaftsvorstände wollen den Streik bedingungslos abbrechen, und es ist damit zu rechnen, daß sie einen demensprechenden Beschluß fassen.

Da sich die Gewerkschaftsvorstände weigern, den Generalstreik zu proklamieren und die Betriebsräte es vermeiden wollen, daß sie unter dem offenen Widerstand der Gewerkschaftsvorstände und ohne Unterstützung gezwungen weitergeführt wird, so wird der Betriebsrätevollversammlung nichts übrig bleiben, als sich dem Beschluß der Gewerkschaftsvorstände zu fügen.

Der „Vorwärts" meldet, daß die Gewerkschaften ein Flugblatt herausgegeben in dem es heißt:

Die Vorstände der freien Gewerkschaften Düsseldorfs beschlossen Donnerstag, den 16. November, abends in einer 200 Personen besuchten Versammlung: „Der Generalstreik ist abgebrochen. Die Arbeit ist sofort in allen Betrieben aufzunehmen." Dieser Beschluß wurde mit allen gegen nur zwei Stimmen gefaßt. Damit hat die zuständige maßgebende Korporation die Entscheidung gefällt. Abstimmungen anderer Korporationen, Betriebsräte usw. sind nicht maßgebend, da diese nicht das Recht zur Erklärung und Führung eines Generalstreiks haben. Das Streikpostenstehen muß unter Maßregelungen vereinbarungsgemäß zu verhindern suchen. Verkennzeichenfalls wenden sich Gemaßregelte an ihre Vorstände oder Betriebsräte. Die Geschlossenheit der Düsseldorfer Arbeiterschaft muß bei Unternehmertum imponieren. Kollegen, zeigt Disziplin und haltet selbstgeschaffene Ordnung!

Und der Erfolg war nach dem „Vorwärts":

„Nach Bekanntwerden dieses Beschlusses traten die wilden Betriebsräte noch einmal zusammen. Es erfolgte nach mehreren Zwischenreden eine objektive Berichterstattung. Die Konferenz hat sich dann mit dem Beschluß der Gewerkschaftsvorstände gegen den Generalstreik abgefunden."

Damit ist wieder einmal klar und deutlich die Gewissenlosigkeit und Verlogenheit der KPD. dokumentiert. „Alles kommt darauf an, daß die Gewerkschaften den Streik sanktionieren", daß was die Parole, die sie als einzige Rettung pries. In einem Flugblatt, daß sie während des Streiks herausgab, forderte sie als Ziel des Kampfes „sofortige Verhandlungen zwischen Bürgermeister, Gewerkschaften, Arbeitgebern usw."

Das Ziel der KPD. war also die Niederlage. Denn daß ein Kampf ohne Ziel zur Niederlage führt, das weiß natürlich auch die KPD. Damit dieses Ziel, die Niederlage rasch und gründlich herbeigeführt wird überträgt man die „Leitung" dahin den Gewerkschaften. Denn dies alles ist eben nur Mittel zum Zweck. Das Ziel, das wirkliche Ziel sind Posten, Posten und nochmals Posten. Schon brüllen die „Eroberer" auch die KPD. Damit dieses Ziel, die Niederlage rasch und gründlich herbeizuführt wird überträgt man die „Leitung" dahin den Gewerkschaften. Denn dies alles ist eben nur Mittel zum Zweck. Das Ziel, das wirkliche Ziel sind Posten, Posten und nochmals Posten. Schon brüllen die „Eroberer" Ferber und Marchlewski, daß die Proletarier den Gewerkschaften den Rücken kehren wollen. Das darf nicht sein. Die Aufgabe des Proletariats ist nach den Zellenbauern nicht seine Befreiung, sondern es muß sich andere „Führer" wählen. Die Parole lautet also: durch Niederlagen des Proletariats zu den Futtertrippen.

Gelingt es das Proletariat sich in diesem unheilvollen Zirkel bewegt wird es bluten müssen, — nicht um seine Sache — sondern um den persönlichen Vorteil einiger gewissenloser und größenwahnsinniger Elemente. Der Kampf des Proletariats um seine Rettung vor dem Untergang geht über die Zertrümmerung der Gewerkschaften und des kapitalistischen Staates, oder umgekehrt.

Friedrich Engels und die englische Arbeiterbewegung (1842—1844)

Zu seinem Geburtstage am 28. November

Seit der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts war England der Schauplatz einer industriellen Revolution, wie sie die Welt noch nicht gesehen hatte. Die alten Heimarbeiter erlagen im verzweifelten Kampfe der Konkurrenz der Manufaktur und dem aufkommenden Kapitalismus. Den günstlerisch-organisierten Gesellen der Manufaktur gelang es aber im Anfang des neunzehnten Jahrhunderts noch durch energische Streiks ihre Lohnforderungen durchzusetzen; jedoch der Kern des Widerstandes bildete die Mitgliedschaft, deren Beruf ihr Entstehungsprodukt um die Wende des 18. Jahrhunderts schon Zeichen eines modernen Kampfverbandes trugen. Ihre Lage war so elend, wie ihr Elend groß. „Wir arbeiten von sechzehn Jahre an", schreibt einer von ihnen (1835). „Von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Wasser, Hafer und Salz, etwas Milch und Kartoffeln bilden unsere Nahrung." Wie gewissermaßen aber die Ausbeutung dem Fabrikproletariat gegenüber ihre Orgien feierte, so war doch die Psychologie der Fabrikarbeiter eine ungleich heldenmütigere, feiner und unabhängiger als die der anderen Arbeiterelemente. Es fanden sich Berufs- und Betriebsorganisationen unter ihnen, die begeisterten sich für die Kooperativen, für den Kampf um den Achtstundentag, für den Sozialismus. Bei den Chartisten, den Gewerkschaftlern und Bürgerarbeiter im Jahre 1840 waren epochemachend in der Geschichte der Streiks. Solange noch irgend eine Möglichkeit war, streiken sie fort. Kämpfe gegen die Aussperrungen haben seit 1825 die einzelnen Gruppen und gesellschaftlichen Bewegungen zu einer Bewegung der ganzen Klasse erpreßt. Der sehr lockere Organisationsgrad der Unternehmer wurde die Zentralisation der Arbeiterorganisationen entgegengestellt. 1830 wurde eine Gewerkschaftszentrale ins Leben gerufen, die bedeutende propagandistische Erfolge aufzuweisen hatte. Auch in den politischen Kämpfen, die 1831 bis 1835 zwischen der Großbourgeoisie, die damals noch in gewissem Sinne revolutionär war und politisch repräsentiert wurde durch die Whigs und der grundbesitzenden Aristokratie, deren Interessen die Tories vertraten, spielten die Fabrikarbeiter, die in diesen Jahren zu Trägern der politischen Klassenkampfbewegung wurden, eine weit bedeutendere Rolle, als von den offiziellen Geschichtsschreibern zugegeben wird. Also es Arbeiterlose gab, und es gab ihrer sehr viele, die zu verzweifeln ja zu den Mahnen führen Bewegung. Wenigstens bis 1834, wo in den erneuten Kämpfen gegen die Fabrikarbeitergewerkschaften die Unternehmer einen entscheidenden Sieg davon trugen. Die Gewerkschaftsbewegung hörte auf, eine Bewegung der Massen zu sein und politisierte sich immer mehr zu einer reformistisch eingekauchten Bewegung des gelernten Proletariats.

Die radikal-politische Bewegung des Chartismus übernahm in der revolutionären Periode (1838—1843) ein Teil der Aufgaben der alten Gewerkschaften. Sie fand eine entschiedene Unterstützung unter der Masse des Fabrikproletariats. Nachdem sie jahrelang erhoben sich aufs neue die Wellen eines unerbittlichen Klassenkampfes.

Das war in ihren Hauptpunkten zusammengefaßt die Lage Englands, die Engels vorfand als er als Kommis der Firma Ermen und Engels nach Manchester überfiedelte. Seine Erwartung einer nahen sozialen Revolution in England, die Moses Hess in seinem Buch prophezeit hatte und die übrigens von einer Menge Beobachter geteilt wurde, wurde durch diese Lage nur bestätigt. Als sie dennoch nicht eintrat, fing er an die englische Geschichte eingehend zu studieren. Er las Owen, den utopischen Sozialisten, selber ein Industrieller, der aus der großindustriellen Betriebsart die Ueberzeugung schöpfte, daß es bloß einer planmäßigen Leitung bedürfe, um auf genossenschaftlicher Grundlage die Solidarität der auseinanderstrebenden Interessen herzustellen, den es aber am genügenden Wirklichkeitssinn und historischen und sozialen Sinnmissen fehlte, um zu begreifen, daß es in der Gesellschaft Klassen gebe, von denen die untergehenden nie aus freien Stücken auf ihre Privilegien verzichten würden und die aufwärtsstrebenden daher nie ohne Gewalt ihre Interessen durchsetzen können. Er las Carlyle, den konservativen Gegner der Tory, dessen Schilderung der korrumpierten englischen Bourgeoisie, — er aber einen einzig allzu großen Wert beilegte. Er studierte die bürgerlichen Oekonomen, deren Worte er zwar teilweise mißverstand, aber aus denen ihm der Gesetz der Kapitalkonzentration in seiner ganzen erschreckenden Kälte nichtsdestoweniger klar wurde. Und aus Proudhon, dem genialen französischen Proletarier, schöpfte er zuletzt die Erkenntnis, daß das Eigentum an dem ganzen Elend schuld sei, und daß nur seine Aufhebung die Aufhebung des Elends herbeiführen könne.

So begann der in seinem philosophischen Kopf aus seinem deutschen Heimat mitgebrachte theoretische Kommunismus hier in England sein ganzes Wesen zu durchdringen. Aber mehr noch und noch ebenso sehr durch die Praxis, die unter den Kinder. Er wurde in Manchester, mit der Rohe darauffgeschoben, wie er selbst später erzählte, „daß die ökonomischen Tatsachen wenigstens in der modernen Welt eine geschichtliche Macht sind; daß sie die Grundlage bilden für die Entstehung der heutigen Klassengegensätze, und diese, namentlich in England, wieder die Grundlage der politischen Parteibildung, der Parteikämpfe, und damit der gesamten politischen Geschichte sind". Das war für den Philosophen ein harter Schlag, aber für den Kämpfer ein großer Gewinn. Denn die Kommunisten standen also in ihrem Streite nicht mehr allein, in dem Proletariat hatten sie fortan einen Waffenbruder, der mit jeder Niederlage stärker wurde.

Der fortschrittliche Teil der Arbeiterklasse waren damals, wie oben bemerkt, die Chartisten. Es schöpfte, ihnen aber, theoretisch begründeter Vorstellung von dem was nach der Eroberung der politischen Macht, die sie anstreben, geschehen sollte. Obwohl er dies erkannte, so meinte er doch, daß der Chartismus die Bewegung sei, die die sozialen Kämpfe der Arbeiterklasse mit dem Kampfe um die Macht in England und mit England die Welt überhaupt zu führen in Zukunft hinüberzuleiten berufen sei. Er war stolz darauf, sich einen Chartisten zu nennen.

Es fand sich aber in seinen Erwartungen betrogen. Die ersehnte soziale Revolution blieb aus, und der Chartismus verlief später im Sande kleinbürgerlicher Bestrebungen. Es war aber nicht nur die „jugendliche Hitze", die ihn zwang, die soziale Revolution „in viel zu weiter Zukunft" zu sehen. Es war vielmehr die nur zu früh gezogene Konsequenz aus dem was er genommen hatte und auch wieder nicht verlieren sollte: die Einsicht in den unverbrüchlichen Zusammenhang von Arbeiterbewegung und Kommunismus.

Engels begab sich nach Paris, um in den dortigen deutschen Gemeinden den Boden der Gerechten, der Organisation der kommunistischen Handwerksgesellen, mit seiner Agitation zu bereiten. Anfang zu machen. Seine Erfolge waren nur mäßige und hauptsächlich wohl dadurch, daß selbst der bedeutende Mensch nicht mal erreicht, solange er bloß im eigenen Namen sprechen kann. Um alle zu erreichen, ist er zu klein. Und so bot es sich dar, daß er in der Gestalt des Uhrmachers Joseph Moll aus Köln, damals aber in London, dem Hauptsitz des Bundes der Gerechten, an diesen Spitze er fand.

Dieser kam nämlich im Auftrage des Bundes, Januar 1847, zu Marx nach Brüssel und zu Engels nach Paris, um in aller Form ihre Mitstifte für die unaufschiebbar gewordene politische Neuorganisation und theoretische Neuorientierung des Bundes in Auftrag zu nehmen. Hiermit war die politische Verbindung von Sozialismus und Arbeiterbewegung, auf die es ankam, geschaffen gebracht. Es gelang Engels, wenn auch durch Anwendung eines Tricks, seine Entsendung als Delegierter der Pariser Gemeinden, nach dem Kongreß, der die Reorganisation vollziehen sollte, durchzusetzen. Da Marx nicht ging, blieb es Engels vorgesandt für ihre gemeinsame Sache den ersten Sieg zu erfechten. Der Name des Bundes wurde in „Bund der Kommunisten", sein altes Motto: „Alle Menschen sind Brüder" in Kraft gesetzt. Es wurde der vereinigt auch, der Bund aus einer Geheimgesellschaft in eine Propagandaorganisation verwandelt und auf einem zweiten Kongreß, der den 29. November abgehalten wurde, wurde Marx und Engels der Auftrag gegeben, das neue Programm, dessen Entwurf sie vorgelegt hatten, die endgültige Fassung zu geben. Im Anfang des Revolutionsjahres 1848 erschien die revolutionäre Kundgebung des modernen Sozialismus in der sich die Arbeiterklasse als Teilstück der Menschheit entwickelt: „Das kommunistische Manifest" mit dem Schlußruf: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!"

Oesterreich

Um Oesterreich herum ist heute so ungefähr die ganze kapitalistische Welt. Auch hier zeigt es sich, daß die Wilden bessere Menschen sind; sie sagen: „Oesterreich den Oesterreichern" — alle anderen hassen. Am meisten die Nachbarstaaten. Das ist erklärlich. Oesterreich ist ein Loch, dessen Ränder immer mehr einstürzen, in welches der ganze Kapitalismus hineinstürzen kann, wenn es nicht rechtzeitig „zugeschüttet" wird. Und es zuzuschütten, fehlt die „Substanz".

Die Hilfe begann 1914 durch den preußischen Militarismus. Diesem lag das Wahlergebnis Oesterreichs mehr am Herzen, wie das eigene liebe Vaterland. Deshalb brach es auch am ersten nationale Kapitalismus. Die „Rationalisierung" hat hier viel brennendere Formen angenommen, wie in Deutschland, wenn das kleine Oesterreich für den Weltkapitalismus auch nicht die entscheidende Bedeutung hat, wie der große Industriestaat. Herr Stinnes, der seine jungen Leute überall hinschickt, um auszubaldowern, zoo es etwas zu ramschen gibt, hatte vor einigen Wochen einen leiner Angestellten, einen Redakteur der „DAZ.", etwa Dr. Klein, nach Wien gesandt, um nach dem rechten zu sehen, den kleinen und großen Staatsmännern ernsthaft auf den Zahn zu fühlen, wie weit sie seine Parolen befolgen und was sie zu tun gedächten, damit seine in den österreichischen Kontrolle hineingeschickten Gelder sich anständig verzinsen. Oder, wie Herr Klein seine Mission selbst auffaßt, daß „man augenblicklich die Bermirklichung des nationalen Ideals zurückstellt, indem die bermirklichung Demagogie verschwände, die Hyänen des Schlachtfeldes, die aus den Verzweiflungskampf eines Volkes schamlosen Nutzen ziehen ... d. h. daß die Freiheit durch Brot zu erringen". Damit sind natürlich die Proletarier gemeint. Der Bundeskanzler Seipel, Dr. Ignaz Seipel, ein deutschnationaler Pfaffe, versicherte ihm, daß die Sozialdemokraten alles so gründlich in Grund und Boden hineinregiert haben, daß nichts mehr zu retten ist, „daß die österreichische Frage nicht allein als wirtschaftliches Problem gefaßt werden mit allen gegen nur zwei Stimmen gefaßt. Damit hat die zuständige maßgebende Korporation die Entscheidung gefällt. Abstimmungen anderer Korporationen, Betriebsräte usw. sind nicht maßgebend, da diese nicht das Recht zur Erklärung und Führung eines Generalstreiks haben. Das Streikpostenstehen muß unter Maßregelungen vereinbarungsgemäß zu verhindern suchen. Verkennzeichenfalls wenden sich Gemaßregelte an ihre Vorstände oder Betriebsräte. Die Geschlossenheit der Düsseldorfer Arbeiterschaft muß bei Unternehmertum imponieren. Kollegen, zeigt Disziplin und haltet selbstgeschaffene Ordnung!

Und der Erfolg war nach dem „Vorwärts":

„Nach Bekanntwerden dieses Beschlusses traten die wilden Betriebsräte noch einmal zusammen. Es erfolgte nach mehreren Zwischenreden eine objektive Berichterstattung. Die Konferenz hat sich dann mit dem Beschluß der Gewerkschaftsvorstände gegen den Generalstreik abgefunden."

Der Bigelanzler Dr. Seipl Brunt, Mitglied der Großdeutschen Volkspartei, erklärte dem jungen Manne des Sünnes, daß er mehr Vertrauen in die Hilfe des Völkerbundes, noch in die eigene Kraft habe, trotzdem ist er mit der Staatskontrolle des internationalen Kapitals einverstanden, da nichts mehr zu verderben ist. Der Anschluß an Deutschland ist das einzige Mittel, das Leben Oesterreichs etwas zu verlängern. Der von den „Großdeutschen" und Pfaffen abgesetzte erste demokratische Regent Oesterreichs, der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Renner, mißt alle Schuld der Regierung Seipel bei. Nur „Selbsthilfe" könne helfen. Diese sei durchaus nicht der „Kommunismus, der eher eine bewußte Selbstzerstörung genannt werden kann. Ich denke auch, daß nicht an kommunistische Methoden, sondern an Methoden, die bekannt sind aus der Geschichte der Sieben, die in der gleichen Krise der Umsturzmittel gefunden haben". Darunter Form", zu verstehen!

Wie dieser „Marzik" die Geschichte auffaßt, beweist er dadurch, daß er den aus Klassenkämpfen herbeiführten Niedergang Kapitalismus mit denselben Mittelmanetten kurieren will, die ihm bei seiner Geburtshilfe gute Dienste leisteten. Den Sozialdemokraten und Gewerkschaften wurden von Pfaffen, Junkern und Industrielektrikalismus das Staatsruder und die gefüllten Krippen anvertraut, als das österreichische Proletariat noch zwar gleichzeitig seine eigenen Totengräber — eben das Proletariat — großzieten mußte.

Es bedarf also nur des Anstoßes der zukunftstragenden Arbeiterklasse. Und des Ringens. Noch sind die Tage der Vorbereitung. Leider. Es könnte anders sein. Es heißt also die wenige Zeit gut auszunützen, zu handeln, vorwärts-

Aktion

Es dürfte vorteilhaft sein, zur rechten Zeit über notwendige Dinge zu sprechen. Wir treiben mit zwingender Gesetzmäßigkeit dem Zeitpunkt der Ablösung der kapitalistischen Profitwirtschaft, der treuforzenden Hüterin des Privateigentums, durch eine andere Wirtschaftsform zu. Alle Anzeichen deuten darauf hin. Die dialektische Denkmethode, fußend auf der materialistischen Geschichtsauffassung, gibt uns die Gewißheit, daß das Kapital aus dieser einzigen, andauernden, letzten Krise einfach nicht mehr heraus kann. Der tödliche Zirkel eines falschen Kreislaufes beginnt unheimlich zu wirken. Je näher der tote Punkt, bestio schärfer die Krisen, desto rasender das Anwachsen der Zerfallserscheinungen. Und desto schwerer die katastrophal wuchtende Bedrückung der arbeitenden Klasse. Jede Minute, die das Proletariat in Unwissenheit oder Mangel an Mut dem Unternehmertum jetzt noch opfert, schmälert seine eigene Kraft, raubt ihm immer mehr den Atem und nimmt ihm die selbstbewußte Einstellung des Willens zum Kampf. Jeder Zeitspitter, der ungenutzt dahinfließt, läßt den Hunger wachsen, der innerhalb der Arbeiterklasse fürchterliche Herrschaft hält, der die Proletarier schon äußerlich zermürbt und sie geradezu als die Gezeichneten herumlaufen läßt.

Das Unternehmertum kennt im großen und ganzen kein nahendes Schicksal. Aber es ist mächtig genug, um für seine Existenz mit kaum auszumalender Brutalität zu kämpfen. Es ist gewillt, alle erdenkbaren, käuflichen und noch zu erfindenden Machtmittel zur Veranterung seiner Lebensinteressen aufzubieten, koste es was es wolle. Die Bourgeoisie versucht, neben offener Niederhaltung des Proletariats mittels Waffengewalt vor allen Dingen auch den viel gefährlicheren Weg zu gehen, dasselbe durch eine ins gigantische gesteigerte Werbekraft mit ihrer eisen Moral zu bezaßen. Darüber muß man sich klar sein. Das Ringen um die Existenz, um das blühende Lebensunterhalt, das heutzutage unsagbare Energien nutzbar verschleudert und letzten Endes doch nicht zum Ziel führt ist ein ganz bewußtes, methodisches Kampfmittel unserer Klassenfeinde. Die Folgerscheinungen, die fratzenhafte Jagd nach den bedruckten Marktzetteln, weckt nur zu leicht die niedrigsten Instinkte des Menschen, die sonst bezaugen und wohlverwahrt im Innern liegen und erstickt damit gleichzeitig die revolutionären Anfätze, wertet sie nun in Hohn und Verzweiflung. Jeder der offenen Auges durch die Fronstätten geht und innerhalb der Arbeiterschaft lebt, kann und muß diese Dinge sehen. Brutal und nackt giert das Gespenst des Stumpfsinns, der Abrunnsosigkeit. Irgendwo hängt etwas in der Luft, ungreifbar, unsichtbar und doch jedem gegenwärtig. Aber niemand hat die Kraft oder den Mut, sich letzt Rechenschaft abzulegen, sich selbst anzuklagen und damit den Anfang zum bewußten Wollen und Denken zu machen.

Ebenso feststehend und selbstverständlich wie die Erkenntnis, daß diese Krise die Endkrise des profitraffenden Kapitals ist, ist aber auch die Tatsache, daß diese Krise und damit auch alle ihre tätigkeiten Folgeerscheinungen und Leiden nur beendet und abgekürzt werden kann durch den ernsten und heroischen Klassenkampf. Das ist ein revolutionäres Grundgesetz, dem wir unbedingt Rechnung tragen müssen. Es geht nicht an, einfach mit einem Achselzucken darüber hinweggehen und zu denken: wenn es soweit ist werden wir schon sehen. Das ist die Politik der verpaßten Gelegenheiten. Es kommt im Gegenteil gerade darauf an, diesen Dingen in die Augen zu sehen. Die weitvergewigte und vorausschauende Politik und alle dadurch bedingten Handlungen müssen bewußt auf diesen kommenden Kampf eingestellt sein, so daß zu gegebener Stunde auch Kernpunkte eines revolutionären Herdes vorhanden sind. Wir stehen mitten drin im Prozeß der Umwertung aller Werte. Die Degeneration, körperlich sowohl als auch moralisch, greift mit ihren greisenhaften Bampyrarmen unbermherzig in die Reihen des narzienden und hoffenden Proletariats und lichtet die Reihen der Kämpfer. Objektiv hat der Kapitalismus in großzügig organisatorischer Weise alle Vorbereitungen zur Uebernahme der politischen Macht und zur Errichtung der kommunistischen Bedarfswirtschaft getroffen. Weil er mußte. Aus historischen Gründen. Das ist geradezu die Tragikomödie der Weltgeschichte, daß der Kapitalismus zum Ausbau seiner Macht und Wachsen seine eigenen Totengräber — eben das Proletariat — großziehen mußte.

Aus dieser also nur des Anstoßes der zukunftstragenden Arbeiterklasse. Und des Ringens. Noch sind die Tage der Vorbereitung. Leider. Es könnte anders sein. Es heißt also die wenige Zeit gut auszunützen, zu handeln, vorwärtstreiben. Die ausschlaggebende Politik muß immer verantwortungsbewußt getragen sein von dem lebensnotwendigen Ziel und der historischen Aufgabe, die zu erfüllen das Proletariat berufen ist. Alles andere muß dahinter zurückbleiben. Das sollte selbstverständlich sein und keiner dringenden Ermahnung mehr bedürfen. Nie darf unser Handeln Selbstzweck, nie die Person mit der Sache verwechselt werden. Immer werbende Gedankengänge: Revolution. Die Mittel sind ja bekannt, einfach und schlicht verkünden sie erfolgreiches Wirken... Selbstbewußtseinsentwicklung, Gemeinschaft, von unten auf, das sind die Grundelemente, das sind die Hauptakkorde, die brühnend das rythmisch kampfende Bied begleiten von der kampfbeschwerten Gegenwart und der siegbaren Zukunft. In diesem Sinne zu wirken, heißt revolutionär handeln im Rahmen des Möglichen. Unnützes Geschwätz muß als zeitraubend vermieden werden. Und vor allem: bewußter Mut.

Wenn so die Tage der Vorbereitung gut ausgenutzt werden, können sie zum Gelingen des Kampfes ganz wesentlich beitragen. Sie in diesem Sinne fruchtbar zu gestalten, ist unsere erste Pflicht. Organisatorisch straffe Zusammenfassung des bewußten Teils des Proletariats innerhalb der Partei ergibt sich ja von selbst. Getrennt marschieren und vereint schlagen ist auch heute noch nicht die schlechteste Parole. Richtig auswirken und erprobt können sich alle diese Dinge erst während der Aktion selbst. Erst dann kann sich zeigen was gesund und willensstark und auf der anderen Seite was faul und morsch ist. Erst wenn Trommeln in der Nacht erschallen, wenn der Aufruhr in den Straßen lodert und im Emporerwillen neues Leben quillt gilt der Revolutionär, der von unten auf zu jeder Zeit und Stunde selbstbewußt im Dienste der Partei und im Rahmen der Gemeinschaft unermüdlich tätig war. In dem Augenblick, da die harte Probe Sein oder Nichtsein herantritt, muß Farbe bekannt werden, da gibt es kein Ausweichen mehr.

Organisches Ineinanderarbeiten ist die Hauptsache. Unterordnung dem wahren Ziel gegenüber harte Notwendigkeit, das darf vor allen Dingen nicht vergessen werden. Die einzelnen Bezirke, Gruppen und Untergruppen bleiben zusammen, haben sie sich doch bisher kennen und einschätzen gelernt. Jetzt zeigt sich aber auch wie wesentlich und wichtig die Erziehung zum Selbstbewußtsein und zur Gemeinschaft ist. Dem frei erwählten Führer ist unbedingter Gehorsam zu leisten. Ein für allemal. Da gibt es keine Sentimentalitäten. Diskussionen über Maßnahmen während des Kampfes oder auch ein Führerkollegium sind gleichbedeutend mit der sicheren Niederlage. Der gewählte Führer aber muß soviel Selbstvertrauen zu sich und seinen Genossen haben, daß er stets nur Maßnahmen trifft, die geeignet sind den Kampf vorwärtszutreiben auf dem Wege zur Machterreichung des Proletariats. Dasselbe gilt auch in noch viel stärkerem Maße für die hauptsächlichen Ausschüsse, die sich ebenfalls einer geeigneten Persönlichkeit unterzuordnen haben. Wir brauchen im Kampfe verantwortungsbewußte Genossen, aber um es ganz deutlich auszusprechen, wir brauchen Diktatoren, die völlig selbständig die Leitung des Kampfes bestimmen, die aber dadurch, daß sie durch die Schule der Gemeinschaft gegangen sind, aus ihrer ganzen inneren Einstellung heraus das Proletariat nicht mehr verraten können. Die Geschichte der Klassenkämpfe zeigt uns immer und immer wieder, daß aufgeheizende Proleten um so blutiger und restloser niedergeschlagen wurden, je uneniger ihre Führer waren. Wir wollen daraus lernen. Es soll eine einbringliche Mahnung sein für alle die Genossen, die aus einer in falsche Bahnen geleiteten Gemeinschaftsentwicklung heraus meinen, daß ohne ihre Zustimmung und ausdrückliche Genehmigung auch nicht der kleinste Quarz erledigt werden kann. Von dieser Anschauung müssen wir uns auf alle Fälle frei machen. Und noch eins ist wichtig. Der ausschlaggebende Faktor ist die politische, weil aufbauende, Leitung, der sich die militärische sofort nach Beendigung des Hauptkampfes willig und reibungslos unterzuordnen hat. Für uns kommt ja der Kampf nur als Mittel zum Zweck des Ausba

„Kommunistische" Reichswehrsoldaten im Gefängnis

Die „Rote Fahne" meldet:

In Lüneburg wurden drei Reichswehrangehörige, Soldaten des dortigen Reiterregiments, zu je zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die einzige Strafe für drei Soldaten bestand darin, daß sie sich als Mitglieder in die Kommunistische Partei hatten aufnehmen lassen.

Darüber regt sich die „Rote Fahne" natürlich ungeheuer auf. Was Wunder. Der soll zeigt doch klar und deutlich, daß auch die Reichswehr und die Orgesch zu „erobern" sind. Hätte doch gar nicht viel gefehlt, dann wäre ein „kommunistischer" Oberst abgesägt worden, drei vom Regiment waren schon „kommunistisch".

Das Proletariat wird also eine „Aktion" unternehmen müssen, zur Befreiung seiner Vorkämpfer in der Reichswehr, um so mehr, da ja die „Kommunisten" nur da hineingegangen sein können, um über die Republik zu wachen. Im übrigen ist allerdings schwer zu sagen, was schlimmer ist, die Reichswehr oder die KPD. Wir glauben, daß Cuno in Halle das Richtige traf, als er sagte: die Gewerkschaften sind schlimmer als die Orgesch. Da Gewerkschaften und KPD. eins sind, so bedeutet der Schritt von der Reichswehr zur KPD. einen Schritt nach rechts. Um die beiden „Klassenkämpfer" von ihren zwei Monaten zu erlösen, wäre also die einzige Möglichkeit die, dem zuständigen Gericht diese Tatsache zu unterbreiten.

Keine Illusionen

Damit diejenigen, die glauben die Revolution würde durch Hähnern gefördert, nicht aus allen Wolken fallen, wenn der „Betriebsrätekongreß" seinen Bankerott erklärt, bereitet die „Rote Fahne" ihre Leser frühzeitig auf diese Bankerotterklärung vor. Keine Illusionen! So schallt es aus der Eselswiese, genannt „Organisation und Taktik". Der Abschluß der ersten Epoche kann man dort lesen, und der Kongreß habe die Aufgabe, die erste Etappe abzuschließen und die dritte zu beginnen. Er muß „die nächsten Ziele klar und unzweideutig formulieren und als wichtigste „Forderung" dann die Forderung der „Arbeiterregierung" aufstellen. Damit auch der Humor zu seinem Rechte kommt, sagt man den Ungeduldigen, daß der Kongreß keine Illusionen zu wecken habe.

Gut gebrüllt Löwe. Wenn erst die Illusionen im Proletariat verschwunden werden, dann werden auch die Zeiten für diejenigen vorbei sein, die von den Illusionen leben. Ein Ergebnis wird der Kongreß sicher zeitigen. Einen gottsjämmerlichen Katzenjammer bei denjenigen, die mehr erwartet haben, als den „Abschluß der ersten Etappe".

Wirtschaft

1000fache Kohlen-, 2000fache Walzeisenpreise

Trotzdem erst am 1. November eine 50prozentige Kohlenpreiserhöhung eingetreten ist und die Walzeisenpreise am 25. Oktober, am 1. November und 8. November insgesamt etwa um mehr als 40 Prozent erhöht wurden, treten am 15. November neue Preiserhöhungen in Kraft. Die Erhöhung beträgt bei den Walzfabrikaten 31,82 Prozent, bei Kohle nicht viel weniger als 50 Prozent. Der gegenwärtige Dollarstand bedeutet eine etwa 1700—1800fache Entwertung der Mark, während die Walzeisenpreise durchschnittlich um das 2000fache erhöht wurden, also sogar der Entwertung der Mark vorauseilten. Die Preiserhöhungen werden vom Stahlbund jetzt jede Woche vorgenommen. Die Entwicklung der Kohlen- und Walzeisenpreise zeigen nachstehende Tabellen.

Eine Tonne Fett-Förderkohle kostete am

1. April 1913	12,— M
1. Januar 1919	41,20 „
1. Januar 1920	106,90 „
1. Februar 1922	468,10 „
1. Juli „	1206,— „
1. August „	1890,— „
1. September „	4105,— „
1. Oktober „	8055,— „
1. November „	8114,— „
15. November „	12096,— „

Das entspricht einer tausendfachen Erhöhung der Kohlenpreise.

Die Entwicklung der Walzeisenpreise sind folgende:

	Vor-Krieg Preise	11. Sept. 1922 Nachkriegspreis	18. Okt. 1922 Nachkriegspreis	25. Okt. 1922 Nachkriegspreis	1. Nov. 1922 Nachkriegspreis	8. Nov. 1922 Nachkriegspreis	15. Nov. 1922 Nachkriegspreis
Stabeisen per t	60,80	24 320	30 400	71 960	96 700	113 600	161 700
Vorwalzstahl „	60,80	24 320	30 400	71 960	96 700	113 600	161 700
Flußeisen „	77,50	40 640	76 800	85 140	114 400	133 300	190 000
Flußstahl „	77,50	40 640	76 800	85 140	114 400	133 300	190 000
Profile „	110,—	46 200	60 200	97 160	130 600	152 600	216 800
Bandeisen „	110,—	46 200	60 200	97 160	130 600	152 600	216 800
Universal „	120,—	64 400	81 100	113 220	152 100	178 000	253 100
Weißblech „	117,50	50 400	67 210	105 520	141 700	165 800	235 900
Grobblech „	105,—	52 780	71 270	117 210	158 400	185 300	263 600
Feinblech „	105,—	52 780	71 270	119 400	158 200	179 000	247 000

Erhöhung der Glühlampenpreise

Die im Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie zusammengeschlossenen Glühlampenfabriken haben mit Wirkung ab 15. November eine Erhöhung des bisherigen Teuerungszuschlags von 700 auf 1100 Prozent beschlossen.

Die neuen ungeheuren Preiserhöhungen für Kohle und Eisen werden eine ungeheure neue Preisrevolution im Kleinhandel nach sich ziehen, wobei jetzt die Auge behalten werden muß, daß die letzten Preiserhöhungen dieser Grundstoffe sich noch nicht voll ausgewirkt haben. Die damit verbundenen „Lohnerhöhungen", so lächerlich, auch das Verhältnis zur wachsenden Verteuerung ist, werden dieser unlösbaren Kurve einen immer neuen Auf geben.

Steigerung der Lebensmittelkosten

Auf diesem Gebiete ist ein ganzes Heer von Statistikern tätig, die sich gegenseitig überbieten in Verschleiern der wahren Tatsachen. Sogar die „Rote Fahne" verzog nur das Gesicht bei Veröffentlichung der Zahlen, wonach der Preis der Mittelwurst für 1914 für 1 Mark an. Für Rindfleisch 0,90 Mark, Schweinefleisch 1 Mark, Speck 1 Mark usw. Die Proletarier brauchen sich den Kopf über derartige Statistiken wirklich nicht groß zu zerbrechen. Es hat 1914 (60 Pf.) bei dem heutigen Preis (Schweinefleisch 700 Mark) das 1200fache, Margarine (1914 0,80 Mark) heute (1200 Mark) ungefähr das 1500fache, Brot (1914 0,50 Mark) heute (markenfrei 400 Mark) das 800fache; ein Anzug (1914 40 Mark) das gleiche Anzug mindestens 30 000 Mark, ist das 800fache; 1 Pfund Erbsen (1914 0,35 Mark) heute 250 Mark, ist das 1000fache.

Daraus ergibt sich (ebenso, daß diese Rechnungen unserem Unsinn sind, und das Proletariat nur noch sie und da einen Broden von diesen Dingen überhaupt bekommt und es für einen Verhungernden ein sehr schlechter Trost ist, ob die Lebenshaltungskosten um das 700fache oder eben richtig ist, um durchschnittlich um das 1000fache gestiegen sind. Der Weg führt in den Abgrund, wenn das Proletariat sich nicht endlich entschließt, durch die Zertrümmerung des Kapitals und die Produktion durch seine Diktatur für den Bedarf organisiert.

Zur Frage der Internationale

(Fortsetzung.)

In Rußland besteht also noch keine KAP., oder Gruppe linker revolutionärer Kommunisten. Die dem 2. Kongreß der Dreieinhalb präsentierte KAPN. sind potemkinsche Dörfer, von zwei aus Rußland gekommenen Genossen serviert. Wir wären sehr froh, wenn in Rußland eine KAP. existieren würde, und werden alles tun, damit recht bald eine solche entsteht; wir sind aber dagegen, daß Bilder an die Wand gemalt und dann als Wirklichkeit erklärt werden; daß das Proletariat belogen wird.

f) Frankreich.

In der französischen KP. ist jetzt ein günstiger Boden für uns. Beider haben wir erst in der letzten Zeit durch persönliche Rücksprache die Verbindung erneut aufnehmen können.

g) Deutschösterreich.

In Wien war bisher nichts von KAP. zu spüren. Dadurch, daß vor einigen Wochen mehrere Genossen nach Wien übergesiedelt sind, ist auch dort jetzt eine KAP. im Entstehen begriffen.

h) Ungarn.

In Hortungarn selbst ist das Arbeiten direkt unmöglich. Vorarbeiten sind aber schon geleistet; mehrere unserer Broschüren sind ins Ungarische übersetzt worden und harren nur des Momentes, wo sie in Druck gegeben werden können.

Mit den ungarischen Emigranten stehen wir in engster Verbindung.

Unterstützt Eure Presse!

Die revolutionäre Presse muß einen schweren Kampf um ihre Existenz aussechten. Jeder Genosse muß helfen, finanzielle Mittel zu schaffen.

Die KAPD. Groß-Hamburg hat einen Verlag ins Leben gerufen, der durch Vertrieb von politischen Postkarten und Bildwerken Gelder für die „KAZ." aufbringen will.

Bisher sind erschienen:

Bilder aus der Republik (pol. Karikaturen):
1. Die Partei ist in Gefahr. 5 Mark.
2. Ein Bonze spricht. 5 Mark.
3. Hohenzollern-Erlaß. 5 Mark.
4. Erzellenzen im Bad (Photographie) 15 Mark.

Porträtspieler der Arbeiterklasse:
1. Karl Liebknecht (Original-Aluminiumschnitt). 5 Mark.
2. Rosa Luxemburg (Original-Aluminiumschnitt). 5 Mark.
3. Max Hölz (Photographie, Postkartengröße). 15 Mark.
4. Johann Knief (Photographie, Postkartengröße). 15 Mark.

Wandbilder:
Karl Marx (Original-Holzschnitt) auf gutem Karton 22 mal 28 Zentimeter. Pro Stück 50 Mark.

Neujahrskarte Marke:
1. Weihnacht ruft! 3 Mark.
Bei Abnahme von 10 Stück an 25 Prozent Rabatt.
Versand nur gegen Nachnahme oder Voreinsendung (einschl. Porto).

Partei- und Unionsgenossen! An die Arbeit! Helft! Bestellungen und Auskunft durch

Arbeiter-Verlag (Gustav Langfeld), Hamburg 22, Rübenkorb 54.

i) Jugoslavien.

Die jugoslavische Arbeiterschaft hat unter dem schärfsten Terror zu leiden. Die Verhältnisse in der KP. Jugoslaviens sind unklar. Die Zentrale der KPJ. befindet sich nicht etwa in Belgrad oder Rijeh, sondern in — Wien, außerhalb der Landesgrenzen. Diese Zentrale, als „illegale" die Mandatengruppe genannt, mit dem berüchtigten Beta Esanto an der Spitze, arbeitet mit der jugoslavischen Polizei Hand in Hand. Sie denunzierte den Genossen Grulowitsch, als er von unserm Parteitag im September 1921 nach Hause fahren wollte, der Polizei, so daß er beim Ueberschreiten der jugoslavischen Grenze verhaftet wurde! Und das nur, um zu verhüten, daß auch in Jugoslavien eine KAP. entsteht!

k) Tschechoslowakei.

Ueber die Verbältnisse in der Tschechoslowakei ist in der „KAZ." schon ausführlich berichtet worden. Der Parteitag der KPTsch. in Reichenberg am 23.-24. September hat auf Betreiben des von Berlin hortmäßig weilten „Ehrenbrandler" die Linke aus der Partei ausgeschlossen, weil sie in einem Flugblatt gegen die Einheitsfront und gegen die Arbeiterregierung Stellung genommen und aufgefordert hatten, zur Reichskonferenz keine Advokaten, sondern Arbeiter aus ihrer Mitte zu wählen.

Ausgeschlossen wurden folgende Genossen: Wenzel Sturc der ehemalige Parteivorsitzende, Zitek, Generalsekretär der Partei, Wenzel Kohn, Vorsitzender des Landarbeiterverbandes, Slabihan, Mitglied der Reichszentrale, Bedrich Stastny, Kreissekretär von Mährisch-Ostrau, Martin Soab, Han Dolezel und Cibulka. Da hinter den Ausgeschlossenen ein großer Teil der Partei steht, hat die Exekutive der 3. Internationale den Ausschluß rückgängig gemacht und will diese Angelegenheit auf ihrem 4. Kongreß behandeln. Die Opposition steht jetzt ungeistige da, wo wir vor eineinhalb Jahren standen.

l) Rumänien.

Der Genosse Heinz Kagan, der in Rußland bereits wegen KAPD.-Gesinnung kurz vor der Erschießung stand, soll nach Rumänien zurückgesandten und dort „auf der Flucht erschossen" worden sein.

Von den andern Ländern ist noch nichts zu berichten.

Die Frage der „Einigung" der KAPD.

Von holländischer Seite wird uns nahe gelegt, uns mit der Essener Richtung doch wieder zu vereinigen.

Einer Einigung stehen wir nicht im Weg. Wir müssen uns aber fragen: Auf welcher Grundlage eine Einigung? Auf der Grundlage der Einzelpersonstheorie? Einigung mit Leuten, die nur im höchsten entschiedenen Stadium kämpfen wollen? Eintreten in eine Internationale der Phrase und der Potemkinschen Dörfer? Das tun wir nicht. Im Gegenteil, wir sind der Meinung, daß die ausländischen Bruderorganisationen, die jetzt das wahre Gesicht der Essener erkannt haben, das Abschaum zwischen sich und jenen zerschneiden müssen.

Wer von den Essenern aber mit uns der Meinung ist, daß die Union Klassenkampforganisation und nicht Klassenredeorganisation ist, daß es Pflicht des Unionisten ist, stets in vorderster Reihe zu kämpfen und nicht nüchtern der Stunde zu warten, der ist uns willkommen. Diejenigen aber, die versuchten, die KAP. aus persönlichem Ehrgeiz zu zerschlagen, mögen bleiben, wo der Pfeffer wächst.

So gestellt, beantwortet sich die Frage der „Einigung der KAP." von selbst.

Unsere Aufgaben

Das Wort „Räteinternationale" soll natürlich nicht bedeuten „Internationale der Räte". Die ist erst möglich, wenn die Proletarier in den einzelnen Ländern die Macht bereits in den Händen haben. „Räteinternationale" bedeutet, daß die Kommunistische Arbeiterinternationale keine Führerinternationale sein darf wie die andere, bei Strafe ihres Unterganges, sondern, daß sie aufgebaut sein muß nach dem Rätеprinzip von unten nach oben.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich schon, welche Ziele, welche Aufgaben wir uns gesteckt haben. Wir betrachten es als unsere Hauptaufgabe, den KAP.-Gedanken in der ganzen Welt zu verbreiten und alles zu tun, damit allerwärts schlagkräftige KK.-Parteien und Unionen entstehen können. Das tun wir durch regste Verbindung und Austausch der Erfahrungen, dadurch, daß wir den hier befindlichen Emigranten sagen: Geht wieder nach Hause und arbeitet dort für die KAPD., daß wir sie mit allen Kräften unterstützen, daß wir durch die hier befindlichen Flüchtlinge unsere Literatur in fremde Sprachen übersetzen lassen usw.

Es gilt, allerwärts die Grundlagen zu schaffen, damit recht bald eine Internationale der Tat, die Kommunistische Arbeiterinternationale, von unten heraus, entstehen kann.

An die Arbeit, Genossen!

Aus der Jugendbewegung

Oeffentlicher Gruppenabend in Zella-Mehlis, Wilhelmshöhe am 26. November und 1. Dezember, abends 7.30 Uhr.

Thema:
1. Abend: Was ist eine Partei?
2. Abend: Was ist ein Programm?

Kommunistische Arbeiter-Jugend
Gruppe Zella-Mehlis.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin

Gruppe Charlottenburg: Mittwoch, den 22. November 1922, Jugendheim, Wallstraße 76. Vortrag: „Die Entstehung der Religion."

Gruppe Norden: Mittwoch, den 22. November 1922, Lokal Dabbert, Kolberger Straße 21-22. Vortrag: „Die Entstehung der Gewerkschaften."

Gruppe Neukölln: Mittwoch, den 22. November 1922, Jugendheim, Kaiser-Friedrich-Straße 4. Vortrag.

Gruppe Osten: Sofammelnsuft aller Genossen in der Schule Straßmannstraße 6.

Partei- und Unionsgenossen, schickt eure schulentlassenen Kinder zu den Veranstaltungen der Jugend.

Erweiterte Delegiertensitzung: Montag, den 20. November 1922, Schule Sommerburger Straße 20, Referat: Die nächsten Aufgaben der KAJ. Alle Funktionäre müssen erscheinen!

Mitteilungen

An die Ortsgruppen im Reiche!

Genossen! Die Preise für Druckpapier schnellen ins Ungeheure. Das große Zeitungsterben geht weiter. Soll die „KAZ." nicht in diesen Strudel mitmeingerissen werden, muß alles getan werden, müssen alle Kräfte gemeinsam angespannt werden. Die „KAZ.", diese Fahne der KAPD., muß unter allen Umständen gehalten werden, komme, was da wolle!

Es ist deshalb unbedingt notwendig, daß die Ortsgruppen die gelieferten Exemplare regelmäßig und pünktlich abrechnen. Das Geld erst wochen- oder monatelang nach der Belieferung einzusenden, ist in dieser Zeit bei der ständig fallenden Markwährung völlig wertlos. Die Zeitung nicht abrechnen, heißt der Partei bei diesem schwierigen Kampf in den Rücken fallen. Alle Nummern die Nummer 84 einschließlich sind bis zum 1. Dezember abzurechnen. Diejenigen Ortsgruppen, die die „KAZ." bis Nr. 84 bis zum 1. Dezember noch nicht bezahlt haben, erhalten nach dem 1. Dezember keine Zeitung mehr zugesandt.

Um die „KAZ." über die schwierige Lage hinwegzuhelfen, schlagen wir vor, dem Beispiele des Bezirkes Rheinland-Westfalen zu folgen und in den Ortsgruppen Pressefonds zu schaffen. Diese Pressefonds sind dadurch zu bilden, daß die Mitglieder regelmäßige Beiträge an diesen Pressefonds abliefern. Wir schlagen vor, pro Monat und Mitglied 20 Mark vorläufig an den Pressefonds abzuliefern. Die eingesammelten Beträge sind zur Hälfte sofort an den Verlag abzuführen (Postscheckkonto Berlin NW 7, Nr. 49 020) und zur Hälfte in den Ortsgruppen zu verwenden zum Ausbau der Zeitungspropaganda (Lieferung von Gratisexemplaren an Nichtbesteher, um sie für den Bezug zu gewinnen, Belieferung der Straßenhändler usw.). Den Bezirksleitungen gehen umgehend die notwendige Anzahl von Pressefondsmarken à 20 Mark zu. Die Ortsgruppen haben dieselben sofort von ihren Bezirksleitungen anzufordern.

Um sofort zu helfen, schlagen wir vor, daß die Mitglieder für den Monat November 1922 anstatt 20 Mark Pressefondsmarken à 20 Mark kleben, d. h. 100 Mark zahlen. Was sind heute 100 Mark? Man bekommt noch nicht einmal ein halbes Viertelpfund Margarine dafür oder 50 Gramm Tabak. Der Zeitung aber ist geholfen.

Nehmt zu diesen Anträgen sofort Stellung und beschließt dementsprechend. Es geht um die Partei! Außerordentliche Zeiten erfordern außerordentliche Mittel! Zeigt, daß Ihr KAP. seid und keine Opfer scheut.

Geschäftsführender Hauptausschuß
der
Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Nachruf

Am Freitag, den 10. November 1922 verstarb unser Genosse Max Nowatzki nach langem Leiden. Er war einer der Besten. E. Anterdeyk.

Verantwortlicher Redakteur: Artur Liers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber Emil Gebert, Charlottenburg. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei Kurt Bergmann, Berlin S. 42, Dresdnerstraße 160.

3. Jahrg. Nr. 86. Preis 17,— M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu bezieht durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9—12 und 4—6 Uhr. Sonntags geschlossen. Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 49020

Abonnementspreis für Groß-Berlin 150 Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 200,— M. monatlich, nach dem Ausland 500,— M. monatlich.

Kein Ausweg, jedoch ein Weg

WTB. Berlin, 20. November.

Der Reichspräsident hat Generaldirektor Dr. Cuno erneut mit der Bildung des Reichskabinetts beauftragt. Dr. Cuno hat den Auftrag angenommen. Er beabsichtigt ein Geschäftsministerium zu bilden und hofft, morgen diese Aufgabe zu Ende zu führen.

*

Gewiß ist das, was am Wilhelmplatz vorgeht, vollständig belanglos für das Proletariat. Gewiß ist das Geschwätz der WTB. eine Komödie widerlichster Art. Jedoch allein die Tatsache, daß die „Arbeitervertreter" aller Schattierungen gezwungen sind, Komödie zu spielen, und scheinbar vor der Konsequenz ihrer eigenen Politik zurückschrecken, zeigt aufs deutlichste, welche Gefahren dem Proletariat drohen. Der Hieb, den man der Arbeiterklasse jetzt zu versetzen gedenkt, ist wohl überlegt. Aber soll der Wurf gelingen, muß man sich hüten, durch Unvorsichtigkeit sich selbst zu verraten.

Der „Vorwärts" weist mit offensichtlichem Behagen auf die „gute Börse" Cunos hin. Das Börsenthermometer zeigt auch aufs präzisteste die „Schwierigkeiten" auf, die die Sozialdemokratie der Kabinettsbildung bereitet. Und die Zeitungen der Schwerindustrie, allen voran die „DAZ.", verweisen auf die außenpolitische Lage. Sie verweisen auf die Rede Poincares. Sie verweisen darauf, daß England der Pfänderpolitik Frankreichs keinen nennenswerten Widerstand entgegensetzen wird. „Im Rheinland bereiten sich große Dinge vor, wenn nicht bald Ordnung in Deutschland geschaffen wird." Die „Reichseinheit ist in Gefahr." Wenn nicht schnellstens eine Regierung zustande kommt, die das Vertrauen des Auslandes genießt, geht die demokratische Republik in Trümmer. So tönt es aus dem Munde des deutschen Industriekapitals. Es versteht sich am Rande, daß diese „vertrauenswürdige Regierung" nur eine Regierung des Industriekapitals sein kann. Dafür tritt die Schwerindustrie den Beweis an und ferniert den Gewerkschaften jeden Tag einen ganzen Bündel ausländischer Zeitungsmeldungen.

Denn auf dem Spiele steht nicht, wer in Deutschland regiert, sondern welche Maßnahmen gegen das Proletariat getroffen werden sollen. Das Problem ist der Realisierung des Programms der Schwerindustrie.

Wohl haben die Gewerkschaften alles getan, um der offenen Diktatur des Kapitals den Weg zu bereiten. Sie haben sich selbst in eine „technische Nothilfe" verwandelt. Sie haben ausdrücklich die letzten Vorschläge der Regierung — Entlassung von Arbeitern und Beamten — Freigabe der Zwangswirtschaft für Brotgetreide — Produktionssteigerung usw. unterschrieben. Sie treten mit unverhüllter Brutalität auf gegen die verhungernden, rebellierenden Proletarier auf, jedoch das alles genügt noch nicht. Das Kapital verlangt die zehnstündige Arbeitszeit. Es verlangt nicht indirekten, sondern direkten Abbau der Löhne. Das Kapital verlangt, daß die Gewerkschaften auch ihre Phrasen aus dem Spiele lassen. Das Kapital verlangt, daß die Schlinge, die um den Hals des Proletariats gelegt ist, mit Hilfe der Gewerkschaften zugezogen wird — auf daß der Profit, das Kapital, gerettet werde.

Können die Gewerkschaften und ihre Zutreiber etwas anderes wollen?

Das deutsche Proletariat mag nach Oesterreich sehen. Dort ist die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften über die Oppositionsperiode, die eben nur Mittel zum Zweck ist, hinaus. Der „Vorwärts" meldet z. B. in seiner Nummer vom Dienstag, den 21. November:

„In der Wiener Metallindustrie haben die Verhandlungen mit dem Metallarbeiterverband zu einem sechsprozentigen Provisorium geführt, nachdem die Löhne und die Akkorde um ungefähr 11 bis 13 Prozent bei den gelernten Facharbeitern, 14 Prozent bei den Hilfsarbeitern und um 16 bis 12 Prozent bei ungelernten Arbeitern herabgesetzt werden."

Damit ist in Oesterreich die „Reichseinheit" gerettet. In Deutschland ist sie noch zu retten. Das Kapital schreitet über die Grenzen hinweg, und läßt die alten nationalistischen Organisationen zurück in der „Heimat". Ihnen fällt die Aufgabe zu, den Rüttel, der Arbeiterschaft gegenüber dem vom internationalen Kapital ausgeweiteten und den Hungergrad getriebenen Proletariat zu spielen. Um diesen Preis kann die Republik, können die Gewerkschaften erhalten bleiben. Eine andere Funktion haben sie nicht mehr. Sie stehen vor der Wahl: ihre reaktionäre Politik zu Ende zu treiben, oder sich selbst aufzugeben. Sie werden — wenn das Proletariat diesem nicht ein Ende bereitet — nicht freiwillig abtreten. Ihre Politik ist, durch „Opposition" zum Ziel.

So wird denn auch die Krise getöst werden, daß beide Teile zufrieden sein können. Das Kapital muß vorstoßen, um wenigstens gegenüber dem Proletariat sich von den Gewerkschaften abzuheben. Es muß ein Abstand geschaffen werden, damit das Proletariat den „Kampf" zwischen Gewerkschaften und Kapitalismus sieht. Wenn dies auch für das Kapital kein Ausweg ist, so ist es doch ein Weg und bedeutet für das Proletariat weitere Dezimierung und physischen Zusammenbruch. Gelingt es den Gewerkschaften, ihre Rolle, wie in Oesterreich mit Erfolg zu spielen, so bedeutet dies für das Proletariat eine verlorene Schlacht.

Das Proletariat sieht demgegenüber keinen Ausweg. Es vermag noch nicht einmal seinen Feind zu erkennen. Es kämpft für „Produktionskontrolle" und „Arbeiterregierung" — wo der Hunger es zu erwürgen droht. Es findet noch nicht die Kraft, sich aus den selbstgeschmiedeten Fesseln zu befreien. Wie dem jedoch auch sei: Ob die Erkenntnis, daß die proletarische Revolution der einzige Weg und Ausweg aus dem Chaos ist, erkauft werden müßte mit dem Tode von weiteren Millionen, oder nicht: einmal wird die Macht der geschichtlichen Tatsachen sich durchsetzen. Und die Gewerkschaften selbst werden gezwungen sein, diese Erkenntnis dem Proletariat einzuhämmern.

Kapitalistische Sorgen

Der Schwerindustrielle und Zentrumsabgeordnete Peter Klöckner führte auf der Hauptversammlung der Maschinenbauanstalt Humboldt in Köln-Kalk u. a. aus:

„Unsere Gesellschaft ist zurzeit mit Aufträgen noch reichlich versehen. Sie reichen für alle Werkstätten bis in den Sommer hinein. Für den kommenden Winter ist also Arbeitslosigkeit nicht zu befürchten. Es läßt sich jedoch nicht verkennen, daß die Inlandsaufträge rasch nachlassen, weil die Besteller die durch die Geldentwertung scharf gesteigerten Preise nicht mehr bezahlen können. Die Geldentwertung verursacht auch die größten Schwierigkeiten insofern, als jeder Monat durch die fortwährenden scharfen Steigerungen der Löhne, Gehälter und der Materialpreise weit größere Ausgaben als Einnahmen bringt. Infolgedessen sind wir in große Bauschulden geraten, welche den Höhepunkt noch nicht erreicht haben. Die Verwaltung bemüht sich einen Ausgleich durch starken Export herbeizuführen. Es ist selbstverständlich, daß es unter den obwaltenden Umständen ganz unmöglich ist, für das laufende Geschäftsjahr irgendeine Voraussage zu machen. Wenn wir dies tun würden, dann könnte diese nur nach der schlechteren Seite lauten, weil die Marktentwertung gerade für die Betriebe, bei welchen die Ware bis jetzt neun Monate in der Fabrikation ist, die größten Gefahren in sich birgt. Die Preise, welche bei einer plötzlichen starken Besserung der Währung eintreten können, lassen sich heute gar nicht übersehen. Wir leiden deshalb mit großer Sorge in die Zukunft."

Es ist wirklich unverständlich, daß die Sozialpatrioten durchaus die Mark „stabilisieren" wollen. Wer die Interessen des Proletariats mit denen der kapitalistischen Wirtschaft gleichsetzt, müßte doch auch Verständnis finden für die Sorgen des Kapitals. Und wer die kapitalistische Wirtschaft retten will, der muß eben den Untergang des Proletariats wollen. Wers nicht glaubt, kann sich durch „Kontrolle der Produktion" davon überzeugen.

Kundgebung der „Kommunistischen Arbeiter-Jugend" für die politischen Gefangenen!

Der Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse erfordert schwere Opfer an Gut und Blut. Unzählig sind die Opfer, die auf dem Schlachtfelde der proletarischen Revolution geblieben sind. Tausende ernarrten. Tausende in den Zuchthäusern und Gefängnissen der kapitalistischen Gesellschaft. In allen Kämpfen an vorderster Stelle die proletarische Jugend, als der Sturmtrupp der Revolution. Nach all den Niederlagen, die das deutsche Proletariat erlitten hat, hat sich die verlorene, bürgerliche Gesellschaft mit sadistischer Wut gerade an der proletarischen Jugend gerächt. Wegen der geringsten Vergehen sind hunderte unserer Jugendgenossen auf Jahre in den Zuchthäusern begraben worden. Die Jugendgerichte Cleve und Hamm zu jahrmalmaligem Zuchthaus verurteilt. Die Bourgeoisie stempelte unsere Genossen zu gemeinen Verbrechern und glaubte, indem sie die Besten aus unseren Reihen riß, die revolutionäre Jugend zu zertrümmern, doch sie irrt. Die proletarische Jugend steht heute fest und fest im unerbittlichen Kampfe mit der bürgerlichen Gesellschaft, steht heute den Zehen der Brüder in den Zuchthäusern und Gefängnissen. Mit aller Kraft reißen wir heute den Proletariern zu: die Verbrecher an der bürgerlichen Gesellschaft sind die Helfer der proletarischen Revolution, sie helfen, den neuen gerbauen, und wir, die wir noch die kapitalistische „Freiheit" besitzen, müssen alles daran setzen, um sie und uns zu retten. Die Kommunistische Arbeiter-Jugend ruft deshalb Eltern und erwachsenen Proletarier zu einer Kundgebung am Sonntag, den 26. November 1922, abends 7 Uhr, nach der Schule Weinmeisterstraße 17-18, auf. Wir junge Arbeiter, jeder Proletarier muß erscheinen. Zeigt der bürgerlichen Gesellschaft, daß wir trotz aller Not und Elend, trotz Terror und Niederlagen unsere Genossen in den Zuchthäusern nicht vergessen haben.

Erscheint in Massen.

Treffpunkte

Alle jungen und erwachsenen Genossen, die sich an der Kundgebung beteiligen, treffen sich zum geschlossenen Abmarsch, abends Punkt 6 Uhr, an folgenden Stellen:

Westen: Charlottenburg, Bahnhof Charlottenburg, Haupteingang (Fahrt bis Bahnhof Westend).

Norden: Bahnhof Gesundbrunnen, Eingang Brunnenstraße.

Osten: Landsberger Platz.

Süden: Neukölln, Hermannplatz.

Kommunistische Arbeiter-Jugend.

Die europäische Krisis

Ueberall in Europa vollzieht sich ein Szenenwechsel, die Kabinette purzeln. Die Politik der Nachkriegszeit hat ihr Ende gefunden. Die wirtschaftlichen Folgen dieser Politik waren geradezu verheerend. Das akkumulierte Kapital schwand dahin, schrumpfte immer mehr zusammen. Der Staat als Wirtschaftszentrum hat seine Ausbeutungsfähigkeit vollkommen eingebüßt. Die mit Hilfe des Staates am Proletariat betriebene Raubwirtschaft des Privatkapitals hat die gesamte nationale Wirtschaft unterhöhlt. Der Staat als größter Auftraggeber hat seit dem Kriege seine Zugkraft für das Privatkapital eingebüßt. Solange er die Möglichkeit hatte, für seine Zwecke die im Volk liegenden aufgespeicherten Kapitalien flüssig zu machen, scharte sich das Kapital um ihn. Als er aber immer kreditunfähiger wurde, löste es sich von ihm los und begann eigene Bahnen zu gehen, die es zu einer bedeutend stärkeren internationalen Einstellung führten. Der Staat war weder als melkende Kuh noch zum Melken für das Privatkapital zu gebrauchen, altes Eisen, das allein zum verschrotten noch taugte. Zum verschrotten sind noch einige Objekte da, die staatlichen Betriebe. Diese kommen nur in den Staaten in Frage, in denen es solche überhaupt gibt. Der Staat war nicht nur der größte Gebraucher, sondern auch der größte Verbraucher. In dieser letzteren Eigenschaft war er besonders vom Finanzkapital abhängig, dem die Bevölkerung am meisten Vertrauen entgegenbrachte. Es finanzierte das Industriekapital, das aus eigener Kraft nicht erweiterungsfähig war. Durch den Krieg sind sämtliche mobilen Mittel im Wege der inneren Verschuldung durch den Staat aufgelogen und dadurch dem Finanzkapital entzogen. Mit dem ungeheuren Anwachsen der naturalen Verschuldung in allen europäischen Ländern aus in der Nachkriegszeit verfiel immer mehr der Wert des Finanzkapitals, das naturgemäß am stärksten zur Aufnahme derselben herangezogen wurde. Aeußerlich kam dies zum Ausdruck in der Steigerung der Wertung der greifbaren Gegenstände, der sogenannten Sachwerte. Ihre Besitzer wurden die Träger der neuen Ordnung. Dieser Zug geht durch die ganze kapitalistische Welt außer Amerika, dessen Wirtschaft sich um den Staat konzentriert hat. Heute zieht sich dieser Prozeß praktisch. Die europäischen Regierungen purzeln eine nach der anderen, weil sie jeden Halt verloren haben.

In England, Frankreich, Italien, Deutschland, hat das Finanzkapital vor den Industriegewaltigen kapitulieren müssen.

Das Produktionskapital hat sich als die alleinige Stütze der Wirtschaft herausgestellt, es hat die Produktion in Händen und bittet die Bedingungen fürs Laufen der Industrie. Seine Notwendigkeiten bestimmen die Richtung der Wirtschaft. Es ist ganz klar, daß sie je nach der Lage der einzelnen Wirtschaft verschieden ist. Der Ausgangspunkt ist die durch die Friedensverträge geschaffene Lage. Sie zwingt, einzelne Staaten zu einer starken Produktion, während andere eine erhebliche Produktionseinschränkung erleiden. Diese Situation war so lange haltbar, als die Zuschüsse der arbeitenden Kapitalismen die kleineren Staaten ernährten und die Unterbilanz durch Angreifen der Substanz des Nationalvermögens gedeckt werden konnte. Durch das Zusammenbrechen des Staatskredits brach auch das ganze System der bisherigen nationalen Wirtschaft zusammen. Die Vorräte schrumpften allmählich zusammen. Keynes schätzte vor zirka eineinhalb Jahren die gesamten Ersparnisse der Welt auf 100 Millionen Pfund Sterling. Dadurch entstand wieder der Zwang zur Mehrwirtschaftung, zur Produktion. Das Aufspeichern von Rohstoffen und die Einschränkung der Produktion wurde immer unrentabler. Es muß nicht nur die Unterbilanz beseitigt werden, sondern auch amortisiert werden, wenn dem Verfall der kapitalistischen Wirtschaft ein Halt geboten werden soll. Dazu ist notwendig, daß gearbeitet wird. Nur die Arbeit kann das Kapital retten. Es stellt deshalb ein Riesenarbeitsprogramm auf. Nicht nur in Deutschland hört man das Rufen, in England sollen die 2 Millionen Arbeitslose beseitigt werden, in Frankreich sollen die zerstörten Gebiete aufgebaut werden. Es ergibt sich daraus, daß dem Produktionskapital alle Machtmittel ausg